

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
30 (1916)**

41 (18.2.1916)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-583502](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-583502)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rülfringen, Peterstraße Nr. 76. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Abgabe: Minnenstraße Nr. 24

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Postgebühren 75 Pf., bei Erhebungszeitung von der Expedition 85 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

Mit einer wöchentlichen Unterhaltungs-Beilage.

Bei den Inseraten wird die sechscolonnige Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Rülfringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Abgaben mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden gegen Vorbehalt erbeten. — Platzbestimmungen unerschütterlich. — Zeilenpreis 50 Pf.

50. Jahrgang.

Rülfringen, Freitag den 18. Februar 1916.

Nr. 41.

## Fliegerangriffe auf Dünaburg

(Antsch.) Großes Hauptquartier, 17. Febr. (Oberste Heeresleitung.) Westlicher Kriegsschauplatz: Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. — Bei den Aufräumungsarbeiten in der neuen Stellung bei Obersept wurden noch acht französische Minenwerfer gefunden.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Auf dem nördlichen Teile der Front lebhafteste Artillerietätigkeit. Unsere Flieger griffen Dünaburg und die Bahnanlagen von Wiljka an.

Balkan-Kriegsschauplatz: Die Lage ist unverändert.

(B. I. B.)

## Artillerie-, Minen- und Handgranatenkämpfe an der italienischen Front

(B. I. B.) Wien, 16. Februar. Antsch. wird verlautbart: Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz: Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz: Die Artilleriekämpfe an der südländischen Front und dem anschließenden Teile der nördlichen Front dauern fort. Im Abschnitt von Dobrova kam es auch zu Minenwerfer- und Handgranatenkämpfen. Im Vorzuge wurde eine italienische Feldwache zum achten Male ausgehoben. Das Vorfeld unserer neuen Stellung im Wombon-Gebiet ist mit Feindbesätzen besetzt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hofer, Feldmarschallleutnant.

## Dom Seekrieg.

Vom Untergang der Arctusa.

(B. I. B.) London, 15. Februar. (Antsch.) Bei dem Unfall der Arctusa wurden 12 Personen vermisst und 8 verwundet.

Neue Minenfelder.

(B. I. B.) Stockholm, 17. Februar. Der deutsche Gesandte hat dem Ministerium des Auswärtigen geftern folgende Mitteilung überbracht: In nächster Zeit werden außerhalb des schwedischen Seegebietes an verschiedenen Stellen zwischen 55 Grad 18 Min. und 55 Grad 26 Min. nördlicher Breite und 12 Grad 42 Min. und 13 Grad östlicher Länge Schiffahrtsbindnisse und Minen angelegt. Sobald nähere Mitteilungen eingegangen sind, werden die notwendigen Anweisungen für die Schifffahrt erteilt werden.

## Aus dem Westen.

Rittener über die Kriegslage.

(B. I. B.) London, 16. Februar. (Kreuzer.) Rittener gab im Oberhause eine Uebersicht über die Kriegsergebnisse. Er teilte mit, daß während der Wintermonate acht neue Divisionen nach der Westfront geschickt wurden und daß dem Feinde dort keine Ruhe gelassen werde. Er sprach mit warmer Anerkennung von der italienischen Armee und erklärte, überzeugt zu sein, daß sie ihre Bewegung nach vornwärts sicher zu gutem Ende bringen werde. Trotz der heftigen Schlachten und der dadurch erlittenen schweren Verluste sei das russische Heer gründlich reorganisiert und neu ausgerüstet. Der Geist, von dem die Truppen befehle seien, sei noch ebenso alt wie zu Anfang des Krieges. Ueber die Zurückziehung der Truppen von Gallipoli sagte Rittener: Obwohl ich, als ich an Ort und Stelle war, zu der Ansicht gelangte, daß die Zurückziehung mit geringeren Verlusten geschehen könne, als anfänglich angenommen wurde, hat die Art, wie der Rückzug durchgeführt wurde, meine doch gespannten Erwartungen übertraffen. Der Minister sagte weiter, daß der Oberbefehl in Saloniki in die Hände Sarraills gelegt worden sei, um dem Grundzuge der Einheitsfront bei den Verbündeten fröhlichen Ausdruck zu geben. Rittener schloß mit der Erklärung, daß man einem siegreichen Ausgange des Krieges mit Vertrauen entgegensehen könne.

Nach eine schriftliche Garantie an Belgien.

(B. I. B.) Paris, 17. Februar. Wie die Agence Havas meldet, haben die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands und Russlands bei dem König der Belgier und dem belgischen Minister des Auswärtigen gemeinsam eine Erklärung überreicht, in der die verbündeten Garantienstaaten neuerlich erklären, daß die belgische Regierung im geeigneten Augenblick zur Teilnahme

an den Friedensverhandlungen aufgefordert werden wird. Baron Beyens dankte den Verbündeten. Der italienische Gesandte teilte mit, daß seine Regierung gegen die Abgabe der Erklärung nichts einzuwenden gehabt habe. Die japanische Regierung gab eine gleiche Erklärung ab.

Der französische Bericht.

(B. I. B.) Paris, 16. Februar. Antsch. Bericht von gestern nachmittags. In der Champagne eroberten wir einen Teil der vorgehobenen Grabenstände, die dem Feinde östlich der Straße Labure-Somme-Py am 13. Februar besetzt worden waren, zurück. In Rothringen Patrouillengefächte im Abschnitt von Reillon. Auf dem übrigen Teil der Front war die Nacht ruhig.

Antsch. Bericht von gestern abend. Der Tag war verhältnismäßig ruhig. Im Artois richteten unsere Grabenstände ihr Feuer auf die feindlichen Stellungen längs der Straße nach Lille. Westlich der Dite beschossen unsere Batterien einen Zug und Proviantkolonnen im Bahnhof von Epagny. Im Norden von Vie-sur-Die und nordöstlich von Soissons richteten wir ein verheerendes Feuer auf die deutschen Werke. In den Argonnen ließen wir bei La Belle mort eine Mine zünden, deren Trichter wir besetzten. Im oberen Elsaß nahm unsere Artillerie die Stellungen im Osten von Seppois unter Feuer.

Belgischer Bericht: Die Tätigkeit ließ heute auf der ganzen Front der Armee, wo die übliche Kanonade stattfand, nach. Als Vergeltungsmaschine der letzten Bombardements durch feindliche Flugzeuge warf eines unserer Flugzeuggeschwader in der vergangenen Nacht mit Erfolg 16 große Geschosse auf den Flugplatz von Sandzœme.

Der englische Bericht.

(B. I. B.) London, 15. Februar. Das britische Hauptquartier berichtet: Nach heftiger Beschichtung der ganzen Front von Ypern und des Vorbrunnens südlich von Sooge machte der Feind mehrere Infanterieangriffe. Zwischen dem Kanal von Ypern und Comines und der Eisenbahn brach der Feind in unseren vorderen Graben auf einer Front von ungefähr 600 Yards ein. Alle anderen Angriffe mißlangten. Das heftige Bombardement von beiden Seiten dauert an.

## Aus dem Osten.

Der russische Bericht.

(B. I. B.) Petersburg, 16. Februar. Antsch. Bericht vom Dienstag. Westfront: Deutsche Flieger erschienen über dem Abschnitt von Riga. Der Kampf nimmt im ganzen Abschnitt an Lebhaftigkeit zu. Im Abschnitt von Dünaburg dauerte der heftige Kampf um einen Minentrichter bei Illust an. Wir besetzten den Trichter. Zwischen dem Reddam-See und dem Demmen-See besetzten unsere Truppen ein Waldstück südwestlich von Rugenischli. In der Prjewiel-Gegend griffen unsere Bombojanen bei Jegice (38 Kilo-

meter nordwestlich Rotalofa) einen österreichischen Posten an und vernichteten ihn. Am Oberlauf der Strypa beunruhigten zahlreiche Patrouillen von uns die ganze Nacht den Feind. Das durch Patrouillen begonnene Feuer an einem Teile der Stellungen in dieser Gegend dauerte den ganzen Tag über an. An der mittleren Front beschoß unsere Artillerie feindliche Flugzeuge. Ein Flugzeug wurde getroffen und fiel in die feindlichen Linien nieder.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

Spanische Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Kroatien.

Haag, 16. Februar. (Berl. Tagebl.) Das spanische Auswärtige Amt veröffentlicht eine Note über die Kavitation Montenegro. Danach fragte am 4. Februar der spanische Botschafter in Wien auf Wunsch der österreichisch-ungarischen Regierung telegraphisch in Madrid an, ob König Alfons die Verbindung mit den montenegrinischen Ministern, denen augenblicklich die Führung ihres Landes obliege, und mit König Nikita vermitteln wolle. In Wien wünschte man auch, daß König Nikita eine Erklärung der montenegrinischen Minister ausstellen würde, wonach sie mit Nikitas Einverständnis die Uebergabe vornöhmten, angedehnt ein Geiseln vier montenegrinischen Minister, die diese Uebergabe unterzeichneten, worin sie dem König um Ermächtigung zum Friedensschluß ersuchten. Der spanische Minister des Auswärtigen Villanueva erklärte sich bereit, meinte aber, da König Nikita Frankreichs Gutsfreiheit genieße, sei die Vermittlung der französischen Regierung notwendig. Baron Burian erklärte sich damit einverstanden, worauf die Dokumente dem französischen Ministerium überreicht wurden.

## Von den türkischen Kriegsschauplätzen.

Neun Forts von Erzerum durch die Russen erobert.

(B. I. B.) Petersburg, 16. Februar. Antsch. Bericht vom Dienstag. Armenien: Bei unserer Offensive in der Gegend von Erzerum nahmen wir nach Artillerievorbereitung noch ein Fort der Festung im Sturm. Wir eroberten 20 Geschütze und Munition und machten Gefangene. — Antsch. Bericht vom Mittwoch morgen: Außer den beiden kürzlich besetzten Forts von Erzerum eroberten am Abend des 15. Februar unsere tapferen Truppen noch sieben Forts. In unseren Händen befinden sich die Forts Karaginbel, Zafte, Tschabandele, Tschangbes, Huzunakmen, Karafol, Huzunakmen Nr. 1, Karburga, Ortakul und Ortakul-III. —

(B. I. B.) Berlin, 17. Februar. Am Ostaf-Tag heißt es in dem Hott der Forts von Erzerum: Erzerum ist jetzt die Hauptstadt im gleichnamigen Vilajet in Türkisch-Armenien und hat als solche eine gewisse Bedeutung, aber keine militärischen Bestimmungen sind jedenfalls nicht besetzt, daß sie den Schlüssel von Kleinasiens bilden.

Der türkische Bericht.

(B. I. B.) Konstantinopel, 16. Februar. Antsch. Kriegsbericht. An der Fronten überlag eines unserer Flugzeuge die feindliche Artilleriestellung bei Kut-el-Amara und warf dort mit Erfolg 12 Bomben ab, die sehr große Wirkung hatten. Nach der Niederlage in der Schlacht bei Hadiba, westlich Korna, ließ der Feind auf seinen Rückzugstrecken eine große Zahl von Toten. Die Verluste, die der Feind in der genannten Schlacht erlitten hat, belaufen sich, soweit sie bisher festgestellt sind, auf 2000 Mann und 300 Tiere. — In Kernenen verlor der Feind bei den heftigen Stellungskämpfen, trotz des kalten Wetters und des Schnees in den letzten drei Tagen stattfinden, 5000 Tote und 60 Mann an Gefangenen. — An der Dardanellenfront feuerten am 13. Februar ein Kreuzer, ein Monitor und ein Torpedoboot des Feindes 20 Granaten erfolglos auf Tefe Burun. Infolge des Gegenfeuers unserer Küstenbatterien wurden sie gezwungen, sich zu entfernen. — Bei Aden in den Härdern zwischen Scheif Dömen und Elmal wurde eine Aufführungsabteilung des Feindes in einen Hinterhalt gelockt und fast vollständig aufgerieben. Die Ueberlebenden blühten in der Richtung auf Scheif Dömen unter Zurücklassung der gekamten Bogaga.

Reuterende Jnder am Suezkanal.

(W. Z. V.) Köln, 16. Februar. Die A. Wolff-Stg. berichtet in einer Korrespondenz aus Sairo über schwere Reuterereien der indischen Truppen am Suezkanal und über häufige Fährtenflucht, so daß sich General Maxwell entschlossen habe, die mohamedanischen indischen Truppen vom Suezkanal wegzuziehen und sie auf andere Kriegsschauplätze zu bringen, wo sie mit Nichtmohamedanern zu kämpfen hätten.

Der Krieg mit Italien.

Der italienische Bericht.

(W. Z. V.) Rom, 16. Februar. Amtlicher Secretärbericht vom 16. Februar. Am oberen Nonao dauerte gestern der Artilleriekampf mit Heftigkeit an. Auf dem Karst gestürzte unsere Artillerie noch einige feindliche Schützengraben und trieb die Verteidiger in die Flucht. — Man meldet feindliche Fliegerangriffe auf Trenton, auf Sadio und auf Latisana. Der Schaden ist unbedeutend. Die wenigen Opfer sind fast alle aus der Zivilbevölkerung.

Die Neutralen.

Amerika und die Bewaffnung der Handelschiffe.

(W. Z. V.) London, 16. Februar. (Reuter.) Daily Mail erzählt aus Washington, die Regierung habe tatsächlich schon über die gegenüber der deutschen Ankündigung einzuhaltende Politik entschieden. Man sei zu dem Entschlusse gelangt, daß das bestehende Gesetz gelte, bis die Kriegführenden das nötige Vorstöße, die Handelschiffe zu bewaffnen, angenommen hätten. Die Vereinigten Staaten würden deshalb darauf bestehen, daß das Leben der Bürger, die auf unbewaffneten Handelsschiffen, die keinen Widerstand leisten, sicherzustellen sein müsse. Die Aufgabe, festzustellen, ob ein Handelsschiff bewaffnet sei oder nicht, solle den Kommandanten der U-Boote zu. Die Vereinigten Staaten ständen auf dem Standpunkte, daß die Regierungen dieser Kommandanten für alle ihre Mißgriffe verantwortlich seien. — Daily Telegraph lautet als Antwort: Die Telegramme aus Washington lauten alle dahin, daß die Regierung Deutschlands neuer Drohung wegen der bewaffneten Handelsschiffe keinen Widerstand leisten werde. Man vermute, daß das Kabinett durch Marineministerverhandlungen beeinflusst werde, die glauben, daß Amerika mit seiner sehr entwickelten Rüstungslinie in Zukunft sich viel auf Unterseeboote verlassen müssen. Wenn dem so sei, wäre jede Politik, die darauf ausgehe, die Leistungsfähigkeit der U-Boote zu neutralisieren, gegen das Interesse der Sicherheit der Nation.

Erledigt und abgetan.

Wer etwa gehobt hat, daß aus der Angelegenheit des Beschlusses der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses und seiner Jurisdiktion durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung irgendwelche weiteren Folgen zu erwarten wären, der mußte am Beginn der Abgeordnetensitzung vom Mittwoch eine völlige Enttäuschung erleben. Der Präsident Graf Schwerin teilte nämlich unter Betonung des Rechtes des Abgeordnetenhauses zur Behandlung der auswärtigen Politik des Reiches mit, daß die Parteiführer in der jetzigen Zeit trotz dem lebhaftesten Bedauern der Parteien auf eine solche Behandlung verzichten, weil sie vielleicht die deutschen Interessen schädigen könnte. Gegen diese Abweisung einer noch gar nicht begonnenen Debatte erhoben die Sozialdemokraten durch Genossen Hirsch allerhöchstenfalls Einspruch. Auch sie gaben zwar der Meinung Ausdruck, daß das Abgeordnetenshaus zur Behandlung der auswärtigen Reichspolitik berechtigt sei — für welchen Standpunkt sich ja Gründe geltend machen lassen — aber Hirsch wies nachdrücklich darauf hin, daß im Hinblick die ganze Debatte nicht von uns, sondern von den anderen begonnen wurde und daß unter den gegenwärtigen Umständen auf dem Gebiete des Vrech- und Vernehmungsrechtes die Ausübung im Parlament und allein die Möglichkeit geben kann, unsere entgegengesetzte Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Ohne auf die Sache selbst einzugehen, legte unser Redner klärende Bemerkungen gegen den besonnenen Bescheid der Kommission ein, mit deren Ansichten und Absichten die Sozialdemokratie nicht zu tun habe, die vielmehr es für ihre Pflicht halte, die verantwortlichen Stellen vor Unbefonnenheiten zu warnen. Mit einem entschiedenen Protest gegen eine Ausdehnung der Sentur auf das Parlament und gegen jede Unterbindung der parlamentarischen Redefreiheit schloß die Isonoh in der Sache wie im Tone unabweislich vorgetragene Erklärung. Bei der Abstimmung stimmten nur die Tünen mit den Sozialdemokraten gegen den Vorstoß des Präsidenten auf Unterlassung der Debatte über diese merkwürdige Sache. Wenn sich die Kommission damit begnügt hätte, ihre Meinung, die sie in vertraulichen Sitzungen festgelegt hatte, ebenso vertraulich an ihre Adresse zuzustellen, so wäre gegen das jetzt beliebte Vorgehen nichts zu sagen. Aber erst die stillen Hüller der öffentlichen Meinung im Reiche in sich stürmische Bewegung zu verlegen, wie es durch die Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses und was darauf folgte, geschah und dann die Möglichkeit zu zerstören, daß der anderdenkende Teil des Abgeordnetenhauses seine Meinung vor der Öffentlichkeit vertreten kann, das ist schon ein sehr sonderbares Vorgehen, über das ja vielleicht zu seiner Zeit noch zu sprechen sein wird. Der Staatsregierung war diese — Lösung offenbar recht erwünscht, denn der Minister v. Loebell begrüßte den Bescheid des Senats und erklärte, gewissermaßen als Gegenleistung der

Regierung, daß sie nunmehr darauf verzichte, staatsrechtliche Fragen weiterhin zu erörtern. Immerhin glauben wir in diesen Worten des Ministers doch eine Befestigung des Standpunktes sehen zu können, von dem aus die Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erlassen war: daß nämlich die Besprechung der auswärtigen Politik Sache des Reichstages ist und bleibt.

Darauf wurde die Beratung über die Volksernährung fortgesetzt. Genosse Boer ging in eingehender Rede den Mängeln der bisher erlassenen Bestimmungen und noch mehr der Unterlassung wichtiger Maßnahmen zuleide, und verzichtete auch nicht darauf, sich kritisch mit den besonnenen agrarischen Behauptungen zu beschäftigen, die aber gleich nachher vom Abg. Dr. Reichle noch einmal in aller Breite vorgetragen wurden, wie das derselbe Redner erst vor einigen Wochen im Reichstage getan hatte. Der Zentrumsagrarier Herold trat in seinen Ausführungen über die Kartoffelpolitik der Regierung auf den Interessen der Verbraucher im Westen einigemmaßen Rechnung; man erinnert sich wohl, mit welcher Schärfe der Zentrumsabgeordneter Warr dies im Reichstage befocht hat. Mit einer kürzeren Politik des Nationalliberalen Dr. v. Campe und einigen Ausschüssen des Reichstagespräsidenten Reichelß über unsere Getreideverträge ging die Sitzung zu Ende. Donnerstag Weiterberatung.

Politische Rundschau.

Nürnberg, 17. Februar.

Eine weitere Abteilung des Reichstages des Innern. Die Reichs-Kriegsverwaltung hat einen derartigen Umfang angenommen, daß im Reichstag des Innern eine neue Abteilung geschaffen werden muß. Der Entwurf des Reichshausparlamentes, den der Reichstag demnächst beraten wird, sieht deshalb im Reichstag des Innern unter anderen Forderungen einen neuen Direktorposten vor.

Aus dem schärfsten Landtage. Die Zweite Kammer hatte in der Schlussberatung über die Billiste (34 Millionen Mark) und Anlagengeld für die Bringen (566 000 Mk.) zu verhandeln. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte wie bisher gegen diese Ausgaben des Staates. Das Ordnungsamt wurde gegen 31 Stimmen (Sozialdemokraten und Fortschrittler) bewilligt. Dabei kam es zu einem Zwischenfall. Von einem sozialdemokratischen Abgeordneten war ein Gehässigkeit in der Kammermitteilung verteilt worden, in dem die Ordnungsverhältnisse während der Kriegszeit recht interessant glosiert werden. Der Präsident rißte das mit den Werten, daß dazu vorher seine Genehmigung eingeholen gewesen wäre. — Eine lange und lebhafte Debatte rief die Schlussberatung über die Revolle des Justizsekretärs hervor, die sich mit dem Mangel an Richtern und Beamtenpersonal, mit einer seit Jahren dauernden ungenauen Entlohnung, der Gehaltsminderungen u. a. beschäftigten. Von sozialdemokratischer Seite wurde besonders der starke Einfluß der Geistlichen in den Besorgenenämtern kritisiert. Es ist nötig, anstelle der Geistlichen mehr Juristen und Lehrer, besonders aber auch Richter zu ernennen. Auch die um sich greifende Rechtsunsicherheit wurde an der Hand eines fassen Falles bemängelt, in dem die Schuldbehörde in der Frage der Erteilung des Relinquenzurteils an Kinder von Eltern mit starker Betonung einer gewissen Absicht ein Urteil des Oberlandesgerichts provozierte, das sich in direkten Gegensatz zu einer eigenen früheren Entscheidung setzte, die den Dissidenten günstiger war.

Zusätze zur Reichs-Einkommensteuer. Dem gemeinschaftlichen Landtage der Vergottimer Notung und Gotsch ist ein Gesetzentwurf vorgegangen, der bestimmt ist, Landeszuwächse zur Reichs-Einkommensteuer einzuführen; die Höhe dieser Zuschläge ist noch nicht festgesetzt.

Deutschland hat genügend Manganerze. Die Berliner Morgenblätter melden: Im Sommer 1915 haben Engländer und Franzosen theoretisch einmündig bewiesen, daß bereits 1915 die deutsche Stahlproduktion und damit die Herstellung von Granaten ausreicht in der Wüste, denn aber auch in der Menge schnell herab gehen müsse, weil die Manganvorräte nicht länger ausreichen würden und die Zufuhr ausländischer Manganerze unterbunden sei. Doch die Granaten nicht schlechter geworden sind und daß unsere Truppen sowie die unserer Verbündeten davon keinen Mangel haben, konnten die Feinde inwärtig an allen Fronten selbst feststellen. Immerhin wird bei ihnen die Hoffnung geblieben sein, der kritische Augenblick sei nur verschoben, nicht aufgehoben. Dieser kritische Augenblick liegt noch in unabsehbarer Ferne. Auf lange Zeit ist Deutschland auch heute noch mit Manganerzen versehen. Die Mengen, die die deutschen Bergwerke fördern, würden zur Not allein ausreichen, um genügende Munitionsmengen anzufertigen. Aber darüber hinaus haben sich deutsche Wissenschaft und Technik veranlaßt gesehen, sich mit dem Ertrag des Keromangan für Stahlherzeugung zu beschäftigen. Die Erprobung ist gelungen. Das Material wird aus inländischen Erzkonzentrationen hergestellt, die sich in beliebig großen Mengen im Anlande gewinnen lassen. Anlagen hierfür sind schon im Betrieb und noch mehr im Bau. Das Verfahren wird Deutschland dauernd von der Zufuhr aus dem Auslande unabhängig machen. Es behauptet gleichwohl einen Fortschritt und ist wirtschaftlicher als das bisherige Verfahren. Wie auf so manchen anderen Gebieten wird auch hier durch die Politik der Abwehrung des Gesamtziel erreicht von dem, was ihre Urheber beabsichtigen.

Städtische und Kartoffelwesen. Wie wir erfahren, hat der Vorstand des Vereinlichen Städtischen in Berlin geteilt und sich auch mit der Kartoffelfrage beschäftigt. Es wurde über die mannschaftliche Versorgung der Städte mit Kartoffeln hittere Pläne aufgestellt. Aus einigen Städten berichteten die Oberbürgermeister, daß sie bereits in der ganzen Stadt keine Kartoffeln zu haben vermögen ist. Auch die mannschaftliche Versorgung der Millionenbevölkerung Groß-Berlins wurde zur Sprache gebracht. Auf Anregung des Vorstandes des Vereinlichen Städtischen soll nun der Kartoffelmittelauschuß des Deutschen Städtetages am Montag den 21. Februar in Berlin Sitzung abhalten, um die brennende Kartoffelfrage zu beraten. Die zu folgenden Beschlüsse sollen dann sofort im Reichstag des Innern zur Geltung gebracht werden, um für die größte Notwendigkeit der Städte Abhilfe zu erreichen. — Allerdings wurde sich der Vorstand des Vereinlichen Städtetages im Voraus darüber klar, daß neue Entscheidungen und eine durchgreifende Neuverteilung der Kartoffelverteilung erst zum 15. März möglich wären, da erst dann abgemessen die Mieten geöffnet würden, und sich überlegen laße, wie die Kartoffeln überwintert haben und welche Mengen tatsächlich zur Verfügung stehen.

Lebensmittellieferer. Im Monat Januar hat die Köhler Stadtverwaltung mehr als 400 Anzeigen wegen Uebertretung der besonnenen Nahrungsmittelvorschriften eingereicht. Einer der Verurteilten, denen der Handel mit Lebensmitteln unterlag wurde, hatte bis zum Februar v. J. in Wein und Spirituosen gearbeitet, dann hat er sich auf Lebensmittel geworfen. Joger unterteilt er nicht. Er suchte, wie die Stadtverwaltung mittel, durch Zeitungsanzeigen erst die Aufseher, dann die Verkäufer der betreffenden Waren und erzielte so in einem Jahre einen Umsatz von 700 000 Mark, woran mehrere 100 000 Mark verdient waren. U. a. betrug der Rohgewinn bei Margarine 30 Proz., Wollschokolade 60 Proz., Schweizer Schokolade 33 1/2 Proz., Bonbons 66,6 Proz., Zuckerkugeln 52 Proz., Marmelade 37 1/2 Proz., Wurstkonserven 20 Proz., Wurstwaren 31,5 Proz., Beringe 45 Proz., Toilettenseife 83 Proz. und — Solentinger 81 Proz. Der gute Mann wollte täglich bis 300 Mk. Unkosten gehabt haben, konnte jedoch keinerlei Belege dafür erbringen. — Mühen und Mühen „Gewinne“ nicht von staatlichen konfiskiert werden?

Wirkung der Wucherpreise für Vieh. Der Landrat des Kreises Jüterburg erklärt folgende Warnung: „Die Tatsache, daß eine große Anzahl von Viehhirten nicht allein infolge des herrschenden Futtermangels, sondern auch infolge der hohen Viehpreise ihr Viehwohl auf den Markt bringen, veranlaßt mich, die Preisbegrenzung vor derartigen überhöhten Preisen zu warnen, und ihnen zu empfehlen, ihr Vieh, wenn eben möglich, durchzutreiben oder auch durchzuführen. Es wird den meisten Viehhirten kaum möglich sein, sich zum Frühjahr Ertrag zu schaffen; die ausbehaltenen Viehdien des Reiches würden leer bleiben müssen, und das wäre im Interesse des einzelnen und der Allgemeinheit zu bedauern. Da mit ein Mißbrauch auf größere Mengen Viehfutter gelangen ist, so werde ich in vielen Fällen helfen eingreifen können.“ — Wenn man einleitet, daß die hohen Viehpreise die Gefahr einer Verminderung des Viehbestandes mit sich bringen, wäre es da nicht angebracht, die Preise herabzusetzen und die Viehhaltung nach den verfügbaren Futterbeständen und dem Viehbedarf zu regulieren?

Preissteigerungen auf dem Viehmarkt. In der Mitte, von der Donauer Nacht bis zur vormaligen Witterung werden jetzt riesige Schwermengen gemästet. Die die wirtschafliche Preise mittel, konnten früher die Werte eines Eimer voll dieser Fische für 20 Bq. zur Schweinefleisch. Jetzt kostet ein Hund oder 20 bis 30 Bq. Der Kaufkraft wird jedoch von einigen Großhändlern aufgekauft und in die Käuherien gelandt; von hier kommt die Ware zum Preise von 70 bis 90 Bq. in den Verkehr. Dadurch tritt eine dreifache Erhöhung der Preise ein, und den Konsumenten erziehen die paar Großhändler, die den Markt beherrschen. Warum schreit die Regierung gegen diesen Wucher nicht ein? Auch die Preisbegrenzung bringen Fischen und Käuherien hohe Gewinne. Die Wandel kostet heute mehr als doppelt so viel wie vor dem Krieg; in den Großstädten ist der Preis der Heringe auf das Vierfache der alten Preise gestiegen.

Verien.

Schwere Verurteilungen. Die Agence telegraphique angloise meldet: In Verien bereiten sich schwere Verurteilungen vor. In der Gegend von Aernantisch ziehen sich starke revolutionäre Truppen zusammen, die von regulären Offizieren befehligt werden. Die russischen Truppen, die ihnen gegenüberstehen, haben sich als ungenügend erwiesen und um Verfürlungen gebeten.

Parteinachrichten.

Einstellung eines Sekretärs. Gegen den Genossen Dr. Ernst Meyer, Redakteur des Vorwärts, war im Dezember v. J. ein Verfahren wegen Uebertretung des Pressegesetzes eingeleitet worden. Die Uebertretung wurde in dem Druck der Eingabe an den Parteivorstand vom 3. Juli v. J. (Antwort auf das Friedensmanifest des Parteivorstandes) gesehen. Das Verfahren ist nun am 11. Februar eingestellt worden.

Ein Partei-Schiedsgericht wurde in Bremen auf Wunsch des Parteifreies Genossen Wellmann eingeleitet, um die Schlichtung zu unterhalten, daß er in einem Sprechtakt-Artikel eine „Denunziation“ begangen habe. Das unter dem Vorhitz des Genossen Müller-Berlin zusammengetretene Schiedsgericht entschied einstimmig, daß von einer Denunziation keine Rede sein könne.

Soziales.

Nürnberg, 17. Februar.

Etwas, das zu denken giebt.

Daß diejenigen Landwirte, die etwas zu verkaufen haben, z. B. Getreide, Kartoffeln, Stroh, Vieh, ganz gute Verdienste erzielen, dürfte wohl nicht mehr bestritten werden. Bei manchen ist der Verdienst so erheblich und ist die allgemeine Lage weiter Preise in der Landwirtschaft so günstig, daß die landwirtschaftliche Bodenerde sich gewaltig von Profit zu reden und für die Preisverdienste der Landwirtschaft, die meist den landwirtschaftlichen Spar- und

Darlehensstoffen zuzuführen, die Bezeichnung „flüssig gewordenen Betriebskapital“ eingeführt hat.

Die ländlichen Kreise haben in vielen Gegenden des Reiches sehr viel Geld abzugeben und werden fast nur geldsuchenden Gemeinden und geldbedürftigen Unternehmen amvorden.

Die leitenden Männer dieser Kreise, die wohl alle auf genossenschaftlicher Basis beruhen, warnen nun davor, das flüssige Geld an solche Stellen zu geben, sondern leiten der Verwendung des Geldes an das ländliche Kreditbedürfnis das Wort. Die Vorkämpfer Volkswirtschaft machte diese Lage auf eine solche Rundgebung aufmerksam, welche die allgemeine Lage weiter landwirtschaftlicher Bezirke doch als äußerst günstig erkennen läßt. Diese Rundgebung war in der Westfälischen Genossenschaftszeitung zu genügen. In einem Artikel wurden auch die genossenschaftlichen Darlehensstellen dringend gewarnt, ihr verfügbares Geld anderswohin zu bringen, als an die genossenschaftliche Zentralstelle. Dabei werden die Mitteilungen über den außerordentlichen Zustrom von Geld auch für die westfälischen Kreise ausdrücklich bekräftigt. Es heißt u. a.:

„Wir haben uns mit rund 60 Millionen Mark an der zweiten und dritten Kriegsanleihe beteiligt und stehen hierbei an erster Stelle unter den Verbänden des Reichsverbandes, wir haben einen Geldausfluß zu verzeichnen gehabt, wie nie zuvor, und heute brauchen wir uns um unser Genossenschaftswesen nicht zu sorgen. ... Unsere Dar- und Darlehensstellen verfügen alle zurzeit über sehr reichliche Mittel, manche, die früher bei der Zentralgenossenschaft stets im Vorhand war, hat jetzt ein Gutshaus bei ihr. Möge die zeitliche Geldmenge in eine feine Genossenschaft zu leichtfertigen Geschäften verbleiben.“

Das Geldandnis, das sich in den Genossenschaftskassen aus Betriebsüberschüssen eine „Geldkommode“ gebildet hat, läßt ebenso wenig den Gedanken zu an die Wichtigkeit der Behauptung, die hohen Preise für die Produkte seien nötig, wenn die Landwirtschaft kein Geld ausgeben wolle, wie die Lohndase, daß für ein Kind 900 Mark und für eine gewöhnliche Kuh 1000 Mark — die beide als Schlachttiere benutzt wurden — bezahlt werden sind.

Eine nochmalige Musterung in Sicht! Alle nicht kriegsverwendungsfähigen Wehrfähigen haben erneut an einer Musterung teilzunehmen, zu welcher besondere Vorbereitungen erfolgen werden. Für die Teilnahme an der Musterung kommen in Frage erstens die Mannschaften des Beurlaubtenstandes einschließlich Ersatzkerns, zweitens das ausgebildete Landvolk einschließlich Marine, drittens das unangeleitete Landvolk 1 und 2, viertens der ehemaligen dauernd Untauglichen mit Ausnahme der Geburtsjahre 1869 bis einschließlich 1875. Kriegsbekindigte sowie diejenigen, die bei der Dauernd-Untauglichen-Musterung im September bzw. Oktober 1915 die Entscheidung dauernd garniton- und arbeitsverwendungsunfähig (d. g. u. a. v. u.) erhalten haben, brauchen nicht teilzunehmen. Für diejenigen, die einen Stellungsbefehl zur Musterung nicht erhalten sollten, oder unter einer der oben genannten Auflagen fallen, gilt die Bekanntmachung derselben als Befehl, an der Musterung teilzunehmen. Die Termine werden noch bekannt gemacht werden.

Ausnahme für die Kleinbetriebe von der Sühligkeiten-Einschränkung. Durch die Bekanntmachung des Reichsanzalters vom 2. Februar 1916 wurde eine Ausnahme von der Einschränkung der Zuderverarbeitung zu Sühligkeiten zugunsten der Kleinbetriebe (Konditoren, Feinbäckereien usw.), welche keine größere Zuderverarbeitung als 20 Doppelzentner im Jahresdurchschnitt hatten, gewährt. Voraussetzung ist hierbei, daß diese Kleinbetriebe auch im Jahre 1916 nicht mehr als höchstens 20 Doppelzentner Zucker zu Sühligkeiten (Konfitüren) verarbeiten. Besonders betont sei hierbei noch, daß neugegründete Unternehmen nicht unter diese Ausnahme fallen; etwaigen Reorganisations von Konfitürenfabriken usw. steht überhört kein Anrecht auf einen Zudervertrag zu. Die Regelung und Ueberwachung des Verkehrs, auch der Kleinbetriebe, wird durch die Zuderverteilungsstelle für das deutsche Sühligkeitengewerbe in Würzburg durchgeführt; die Zuderverteilungsstelle entscheidet auch darüber, ob ein Betrieb als Kleinbetrieb im Sinne der Verordnung vom 2. Februar 1916 anzusehen ist, und gibt den Antragsstellern Ausweis hierüber. Anträge auf solche Ausweise sind nach Darlegung der Verhältnisse und Einbindung von Erklärungen über den Zuderverbrauch von der Zuderverteilungsstelle in Würzburg erhältlich. Ohne solchen Ausweis über die Freigabe des Kleinbetriebes oder sonst ohne ordnungsmäßigen Zeugnis dürfen Zuderkleinfabriken keinen Zucker an Sühligkeiten-Herkeller, auch Kleinbetriebe, abgeben.

Keine Verneuerung der fleischlosen Tage. Wie immer in bewegten Zeiten, bilden sich Gerüchte, die sich auf ihren Urprung nicht verfolgen lassen, die aber, sie es auch selbst in guter Absicht, kritisch loszulassen und weitergetragen werden. So ist jetzt das Gerücht im Umlauf, daß die Regierung die Erhöhung der fleischlosen Tage auf vier in der Woche plane, und daß auch in Aussicht genommen sei, zwei „brothlose“ Tage einzuführen. Wie Berliner Blätter nach Erfundigung an zuständiger Stelle mitteilen können, entbehren diese Gerüchte jeder, auch der leisesten Begründung. An keiner amtlichen Stelle besteht eine derartige Absicht.

Verlorene Portemonnaie. Eine Frau hat gestern ihr Portemonnaie mit Inhalt (ein 20-Markstück und 1,20 Pf. in Münzen) verloren. Der Finder wird gebeten, dasselbe in der Expedition des Volksblattes abzugeben.

Die Melikids Nr. 11 ist erdrosselt und kann im Bureau abgeholt werden.

Am Standbild des Nürtinger Friesen wurde heute vom Verein der Steuerleute der Reichsflotte ein goldener Ringel mit folgendem Nagel sprache eingeschlagen:

Freier Briefe, Volksgesundheit, Freiheit und gute Nacht! In jedem deutschen Herzen sich mit Eifer und gepaart Wehren, können, werden anrufen. Von Herz zu Herz, zum Strom andauernd! — Sei nicht still, sondern nicht beschreiben, Was du gebrauchst, für die, die leben. (Bretzelle es nicht!) — Auf ins Land hinaus: Ich lebere Cyper! Volk halt aus!

Wilhelmshaven, 17. Februar.

Die neuen Brotkranten für die nächsten vier Wochen werden am Sonnabend, den 19. Februar, von vormittags 12 bis 1 Uhr und von nachmittags 4 bis 6 Uhr ausgegeben gegen Vorlegung der Rotationskarte und Rückgabe der Restkarten und Abschnitte. Die Ausgabe erfolgt: für den 1. Bezirk in der 1. Volksschule (Eingang Döberingstraße); für den 2. Bezirk in der 2. Volksschule, Wallstraße 40; für den 3. Bezirk in der katholischen Volksschule, Prinz-Friedrich-Strasse 33; für den 4. Bezirk in der 3. Volksschule, Hoyerstraße; für den 5. Bezirk in der Mädchen-Volksschule, Kronstrasse. Der Bevölkerung wird empfohlen, in erster Linie für die W. rharbeiter die Zeit von 12 bis 1 Uhr frei zu lassen. Fernerst ist auch, daß die bisherigen Höchstpreise für B. rden, Schwarzbrot und Mehl eine Erhöhung erfahren haben. Ein Pfund Schwarzbrot kostet jetzt 15 Pf., ein B. rden im G. w. mit 50 Gramm 5 Pf. und ein Pfund Weizenmehl 27 Pf.

Städtische Lebensmittelförderung. Morgen Donnerstag, am Freitag und am Sonnabend, von nachm. 4 1/2 Uhr ab, werden vom Dampf Schwaben vor dem städtischen Lagerhaus wieder Seemücheln, das Pfund zu 5 Pf. verkauft.

Butter hat die Stadt nunmehr von der Milchbutterstelle, in Berlin abzuwickeln erhalten. Derselbe wird gegen Vorlegung der Rotationskarte — aber selbstverständlich nur der Wilhelmshavener Rotationskarte — in allen Geschäften und auf dem Wochenmarkt verkauft.

Einen Wagon Grünholz hat der Magistrat beschafft. Gegen Abgabe der Lebensmittelförderungskarte, Abschnitt 4, wird er 10-Pf. und ein Pfund zu 8 Pf., bei den Gemüchshändlern Schmalzer, Böckerstraße, F. Sager, Raiserstraße, Baumann, Peterstraße, Cornelien, Böckerstraße, Müller abzugeben.

Verpflegungsgelder für die Marineausflüster. Walle Telegraphen-Anstalt meldet aus Berlin: Die B. rchtung, nach der während des Krieges unter Erhöhung freier Fahrt die beurlaubten Mannschaften mobil und immobil Formationen des Heeres für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsbekanntnisse erhalten, wurde durch allerhöchste Order vom 30. Januar 1916 auch auf die Mannschaften der Marine ausgedehnt. Der Anmarsch auf Verpflegungsgelder für Mannschaften der Marine beginnt ebenso wie für die des Heeres mit dem 21. Dezember 1915.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Volkstheater. Wie uns mitgeteilt wird, beginnen die Aufführungen von Sabale und Liebe heute und folgende Tage pünktlich um 8 1/2 Uhr.

Kriegstheater. Wie uns die Leitung des Kriegstheaters mitteilt, findet Sonnabend den 19. Februar im Werktheater eine Aufführung von Eudemonen Stein unter Steinen. Schauspiel in 4 Akten, statt. Es ist gewiß anzuerkennen, daß die Leitung des Kriegstheaters dieses postende, hier in Wilhelmshaven noch gänzlich unbekanntes Schauspiel zur Erläuterung bringt. Wie der Vorverkauf berichtet, wird der Besuch am Sonnabend ein glänzender, jedoch sich die Leitung veranlaßt sieht, am Sonntag den 20. Februar eine Wiederholung zu veranstalten. Die Preise bleiben dieselben. Der Vorverkauf zur Wiederholung ist in den bekannten Geldstätten ab Donnerstag Abend.

Volkstheater.

Sabale und Liebe. Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten (7 Aufzügen) von Friedrich Schiller.

Der erste Akt. Das Streben verdient Anerkennung, nach sich wir in der schweren Kriegszeit nicht ganz erstarrt dem leichten Lustspiel und der gelben Pötte. Neben den Schwanz- und Burlesken-Parasiten erscheint auch Schiller endlich einmal auf einer Bühne in Nürtinger-Wilhelmshaven. Doch das Volkstheater diesen Schritt tut, ist besonders erfreulich, denn Schiller gehört dem Volke. Und wer da der neomodischen Kritik war, daß Schillerische Trauerspiele ein überbordender Standpunkt seien, der der modernen Welttheater weichen müßte, dem demies der gute Mensch — trotz des miserablen Betters — gelte das Gegenteil.

Es ist wohl überflüssig, hier eine Beschreibung der Handlung des Stückes zu geben. Sie dürfte allgemein bekannt sein. Schiller erob in dem für die damalige Zeit geradezu revolutionär wirkenden Werk eine donnernde Kräfte gegen die bestehende Ordnung. Solche Worte gegen die verfaulenden feudalen Zustände im damaligen sogenannten heiligen römischen Reich deutscher Nation, das weder heilig noch eine Nation war, waren unerhört und es ist nicht verwunderlich, wenn die Geschickten des Volkes begeistert es solcher Arbeit dem jungen Schiller anzubeten. Rückwärts malte er in Sabale und Liebe ein Bild von den Zuständen am Hofe Karl Eugens, schilderte den schrecklichen Hofen Monarchen in der Obersten Krieger hinwegräume, um selbst an seiner Stelle Präsident zu werden, brandmarkte die Luderniertheit in solchen Staatsverweilen, deren es damals nicht wenige gab, zeigte den sich regenden Volksworn und schob in den Vordergrund ein reines Diebesherdendiebstahl zwischen einem Adelsherrn und einer Bürgerstochter.

Das Werk weiß ha und hat einige Stellen auf. Das Verhältnis zwischen dem Präsidenten und seinem Sohne mißbehrt der zwingenden Logik und auch die Szenen zwischen

Witwe und Loh Milford sind psychologisch unverständlich. Von kleineren Punkten wollen wir absehen. Zusammengefaßt vermögen sie an dem großen Wert des Werkes nicht zu rütteln.

Die Aufführung war den Umständen angemessen gelungen. Zahlless Anforderungen an die Darsteller sind nicht allzu groß. Herr Herbert Reichels gab den Ferdinand mit dem ganzen hohen Schwung, den die Rolle bedarf. Er zeichnete ihn mit allen seinen Vorzügen und Fehlern klar und verständlich. Am Schluß des zweiten Aufzuges wurden dem jungen Künstler reiche Blumenarrangements überreicht. Sie waren wohlbedient in diesem ersten Abschnitt des jungen Unternehmens. Den Präsidenten gab Herr Dir. Reichels mit viel Geißel; ebenbürtig war ihm Herr Hennig in der Rolle des Schreibers Barm. Der Stadtmusik des Herrn Müller gelang in seinem ersten Teil zufriedenstellend im leichten Aufzug und auch bei der großen Verhaftungsszene vorher schon beherzigt er die Rolle nicht völlig. Der alte Miller ist der Vertreter des aufbegehrenden Volkes, das bei aller Ehrfurcht vor seinen Bedrückten, sich gegen sie aufzulehnen beginnt. „Euer Exzellenz schalten und walten im Land. Das ist meine Stube. Mein demotisches Kompliment, wenn ich demal ein Trommerton bringe, aber den ungehebelten Volkswert ich zur Tür hinaus — halten zu Gnaden.“ Das ist gemißverwahren das Signum, das die Aufführung der Rolle tragen muß. Das gleiche gilt von der Rolle des Kammerdieners (Herr Rudolph). Herr Sud gab die Figur des Hofmarschalls treffend. Die zweiteilte Scherzfigur Frau des Stückes ist die der Loh Milford, der fürstlichen Wittve, der einzigen Person mit Herz an dem verkommenen Hofe. Sie wurde von Frau Clara Reichels-Kneifel gut gezeichnet. Die Witwe war bei Fr. Lehloff in guten Händen. Die übrigen Damenrollen waren in den Händen von Fr. Karnoff und Fr. Volk.

Das sehr zahlreich erschienene Publikum spendete reichlich Beifall.

aus aller Welt.

(M. L. B.) Das Sturmmeer in Hamburg und Gurbahen. Der schwere Südweststurm, der am Mittwoch nachmittags mit Hagelschlag und Schogegen in Hamburg einsetzte, artete abends zum Orkan aus. Um 9 Uhr zeigten die von den Stationen abgegebenen Signale die heranahende Sturmflut an und die abgegebenen Schüsse wiesen auf die schwere Gefahr hin, die für die Bolleranten zu befürchten war. Gegen 1 Uhr hatte Hamburg Windstärke 9 und einen Wasserstand von 7,07 Meter. — In Gurbahen betrug der Wasserstand gegen 7 Uhr abends 6,90 Meter und um 11 Uhr 15 Min. 7,75 Meter.

(M. L. B.) Schwere Unfälle durch Blindgänger. Aus Soldin wird gemeldet: Ein Urlauber hatte einen Blindgänger mitgebrocht, den er unglücklich erklärte. Als die Kinder damit spielten, fiel die Granate zu Boden, explodierte und verwundete die Frau des Urlaubers sowie die Kinder sehr schwer. Außerdem wurde erheblicher Schaden angerichtet. — Ein weiterer Fall ereignete sich in Simonsdorf bei Berlin, wo ein Landwirtmann ebenfalls vom Schloßfelde eine Granate heimgebracht hatte, die in die Hände der Kinder geriet. Das Geschloß explodierte und zwei Kinder trugen schwere Verletzungen davon.

Eines guten Gang machte die Bremer Kriminalpolizei mit der Hinahme eines Arbeiters aus Moorhausen im Oldenburgischen. In letzter Zeit wurden viele Einbruchsdiebstähle in der Umgebung Harpsieds (auch im Oldenburger Gebiet) verübt. Der Verdacht lenkte sich auf den erwähnten Arbeiter, der von Kriminalbeamten in einer Wirtschalt der Bremer Altstadt ermittelt wurde. Auf Verhalt gab er zu, im September ohne Erlaubnis zu sein und seit dieser Zeit eine große Anzahl Einbruchsdiebstähle verübt zu haben. Bei ihm wurden ein seidener Schal und ein seidener Pampodur gefunden, die bei einem in vorletzter Nacht in Harpsied verübten Einbruchsdiebstahl gestohlen worden wa en.

Ein frecher Kaufmann wurde an einer in Arsten bei Barmen wohnenden Frau verübt. In der Nähe der Ebelingischen Siedelei trat plötzlich ein fremder Kerl an die Frau an, der sie aufforderte, ihr Geld herauszugeben. Sie fragte, wer sie sei, und er antwortete, er sei ein Kaufmann. Er erklärte, sein Geld zu besitzen. In demselben Augenblick erschien ein zweiter Kerl auf der Wirtschalt und drohte, sie in den Grab zu stecken, falls sie der Aufforderung auf Herausgabe ihres Geldes nicht nachkomme. Auf das Schreien der Frau erobte dann einer der Wegelagerer die Bistel ihres Kopftuches und verurteilte, sie ihr in den Mund zu stecken, während sie der andere von hinten festhielt. In ihrer Not gab dann die Frau ihr Portemonnaie mit einigen Mark Bargeld her. Nach Empfang des Geldes liefen die Räuber eiligst davon.

Wahnsinnstöt einer Mutter. In einem Anfall geistiger Unmündigkeit hat die Frau des Kaufmanns Glahn in Schöndorf, Kreis Witten, ihre fünf Söhne im Alter von drei Monaten bis dreizehn Jahren durch Keulberdähne getötet. Religiöse Gegenstände zwischen den Erbluerten und in letzter Zeit auch Geldbörren fand, nach den Briefen der unglücklichen Mutter zu urteilen, die Urlochen der Mutter. Die Geisteskranke, die sich nach der Ausführung der Tat ebenfalls schwer verlegte, ist der Provinzial-Asyls- und Pflegeanstalt in Bielefeld überführt worden.

Schwaffer.

Freitag, 18. Februar: vormittags 0,45, nachmittags 1,25

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Verantwortlicher Redakteur: Oster Dänlich. — Verlag von Paul Hug. — Redaktions-Büro von Paul Hug & Co. in Nürtingen.

Preis: eine Zeilange.

**Volks-Theater Grenzstraße**

855 Telefon Nr. 853

Heute und folgende Tage  
**Maifester-Abende!**

**Skabale und Liebe.**  
Märgel, Trauerspiel von  
Friedr. v. Schiller.

**Familienarten**  
haben Gültigkeit. 1903  
Schüler der hiesigen Lehr-  
anstalten haben Vergünsti-  
gung und zahlen 1. 2. Platz  
40 Pf. und können sich der  
Familienarten bedienen.  
Verwandte freien Eintritt.

**Stübgenhof, Rüstingen.**  
A. Göttrich.

**Jeden Sonntag**  
von 4 bis 12 Uhr,  
**jeden Freitag**  
von 8 bis 12 Uhr. 1888

**Konzert.**

**Variété Metropol.**

**G. Segers Philharmonie-Troupe**  
**Hammonia**  
Gesang-, Tanz- und Schaulust-  
Ensemble.

Ab Sonnabend den 12. Febr.:  
Neuer Spielplan.

**Sonntags:**  
**Zwei Vorstellungen.**  
nachm. 3/4, abends 8 Uhr.

Jeden Mittwoch nachm. 3/4 Uhr  
**Familien- und Kinder-**  
**Vorstellung.**  
Keine Briefl. Metrop.-Blg.

**Gemeinde Mernburg.**

Verkauf von  
**Pökelfleisch**

Sonnabend den 19. Februar 1916,  
morgens von 9 bis 12 Uhr  
nachm. von 3 bis 6 Uhr

**Sandstraße 2**

Hiesige Karten werden am Freitag  
den 18. Februar 1916, nachmittags  
von 5 bis 6 Uhr, in G. Frotz's  
Bücherei, Bremer Straße 28, an  
Spezialkassenscheinhaber mit einem  
Eintrittsbetrag bis 50 00 RM. (Jahres-  
betrag 30 RM.) und an Frauen,  
deren Männer im Felde stehen,  
wegen Verzögerung des Einkommens  
Hilfskarte und des Unter-  
stützungsgeldes ausgeben.  
9970 Rosenbohm.



**Achtung!**  
**Fischverkauf!**

Lebendfrische  
grüne Heringe, Hund  
30 und 35 Pf.  
Seelachs, Schellfische,  
Kabljan, Schollen,  
Stinte. 6977

**Konnak**

Göler- und Wimmerstr.-Bede und  
Duffenstraße (Wohnübergang)

**Seife! Seife!**

Ihre Wäsche u. Dampfbad in  
Rüthen & 4 1/2, Bib. 3.75 4  
**Pavel, „Rindhaus“, Bremen.**

**Volksküchen, Rüstingen**

Mekumstraße u. Himmelsstraße

**Bekanntmachung.**  
**Brot-, Butter-, u. Fettkarten-**  
**Ausgabe.**

Die nächste Ausgabe der Brot- und Butterkarten findet am  
**Sonnabend den 19. d. M.**  
in den evangelischen Volksschulen statt und zwar  
in den Schulen Heinestraße und Reuende  
**nachmittags von 2 bis 4 Uhr,**  
in allen übrigen Schulen  
**nachmittags von 3 bis 5 Uhr.**

Jeder erhält die auf seiner Ausweislaste vermerkten Brot- und  
Butterkarten gegen Einreichung der alten Brotkarten-Abhänge in  
der Schule seines Bezirks. Die Ausgabe erfolgt für 4 Wochen.  
Zu gleicher Zeit werden Fettkarten ausgegeben.  
Auf die morgige Bekanntmachung wird verwiesen.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß der Umtausch  
der Karten nur von Erwachsenen oder größeren Kindern (über  
8 Jahre) vorgenommen werden kann. Personen, die keine Karten-  
umtauschkarten haben, werden gebeten, den Ausgabestellen fernzu-  
bleiben, um den Andrang nicht unnötig zu vergrößern.  
**Das Mitbringen von Hund ist verboten.**

Rüstingen, den 16. Februar 1916. 6976  
**Stadtmagistrat.**  
Dr. Quelen.

**B. B.**  
**Banter Bürgergarten.**  
Unter Leitung des Konzertmeisters Herrn Otto  
findet jeden Mittwoch und Freitag  
**Grosses Extra-Konzert**  
von 4 bis 11 Uhr statt. 6407  
Jeder Wunsch der Gäste wird berücksichtigt.  
**Täglich von 4 Uhr ab Kaffee-Konzert**  
Hierzu ladet freundlichst ein **H. Vosteen.**

**Arbeitsvermittlungsstelle und Wohnungsnachweis**  
des Hilfsvereins Rüstingen, Wilhelmsh. Str. 63 (Kathhaus).  
Zimmer 7. Fernspr. Nr. 79 und 1163. Geschäft von 9 bis 12 1/2 Uhr  
vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachmitt. (außer Sonnabends nachm.).

Offene Stellen:	Stelleninhaber:
17 Arbeiter, 2 Hausfrauen,	2 Blätterinnen,
9 Dienstmädchen,	16 Kontoristinnen,
15 Stenographinnen,	11 Dienstmädchen,
1 Kontoristin.	7 Wollschäuer.
Wohnungs-Angebote	Wohneinheiten
8 möblierte Zimmer,	24 2-Zimmerige Wohnungen,
5 möbl. Wohn- u. Schlafzimmer.	35 möblierte Zimmer,
	10 leere Zimmer.

**Konsum u. Sparverein**  
für Rüstingen und Umg.  
Eing. Gen. mit beschr. Haftpf.

**Unsere Sparkasse**

ist täglich geöffnet von 10 bis  
1 Uhr vorm., von 4 bis 6 Uhr  
nachm. ausn. Sonnabends nachm.  
Einlagen werden mit 4 Proz.  
verzinst.  
Der Vorstand.

**Su verkaufen:**  
**Einfamilien-Haus**  
mit Gartenland. 6978  
H. de Jung, Erdmühle,  
Kummer Straße, nahe am Bahnhof.

**Arbeiter**  
werden eingestellt.

**W. Soudant, Soudantstr. 8.**  
6972

**Gesucht**  
**Hausdiener,**  
der auch Wäsche bedienen muß.  
6980

**Gehrling gesucht.**  
P. Reinhold,  
Klempner u. Drechselstättengeshäft  
Säckerstraße 8. 6981



**Empfehle:**

Wittich und Meiss Schellfische  
Schollen, Kabeljau,  
Seelachs, Zierlachs,  
Schwarze Muscheln, 0981  
J. H. Ims, Fischhandl.,  
Wismarstraße, Marktstraße,  
Wilhelmsh. Str. Tel. 485.

**Wegen Mangel an Platz**  
ein Sofa, zwei Sessel,  
ein Salontisch

billig zu verkaufen. 6966  
**M. Gernth. Tennendamm 13.**

**Wohel billig.**  
Stuben, Schloß u. Küchenricht-  
tungen, ein gutes Al-bergschloß,  
Küchenrichtungs, Spiegelrahmen,  
Schreibtische, Herrschafts, Sofas,  
Tische, Stühle, Bettstellen m. Matr.  
neu u. geb., empfiehlt 5853  
**Herr. Jansen, Wilhelmshaven,**  
Querstr. 12. Oder Kieler Straße.

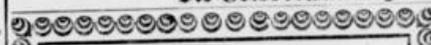
**Wilhelmsh. Bügelstift**  
Marktstraße 38. I  
Friedrichstraße 4, Part. I.  
bietet Buchbinden, Reparaturen,  
Reinigen Kammler Harzbeeren  
prompt und billig. 6973

**Knabe, 10 Jahre alt**  
in gute Pflege zu geben.  
Offerten an Sommerhäuser,  
Rochstraße 5, 1. P. 6985

**An- u. Abmelde-Formulare**  
liefert Paul Nag & Co.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Wilhelmshaven-Rüstingen.  
Sonnabend den 19. Febr., abends 8 1/2 Uhr  
im Versammlungsalokal Edelweiß, Wälsentische:  
**Mitglieder-Versammlung**

**Tagesordnung:**  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vortrag.  
3. Kartellbericht.  
4. Beschlußsache.  
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und deren Frauen,  
ganz besonders der im Einklangstehende Beschäftigten  
Frauen und Mädchen unbedingt erforderlich. 6989  
**Die Ortsverwaltung.**



**Kriegstheater**  
im Werftspeischaus.

Sonnabend den 19. Februar 1916  
abends 8.15 Uhr:

**Sudermann-Abend!**

**Stein unter Steinen**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.  
Spielleitung: Kurt Born.

Preise der Plätze: 1. Saalplatz 3 1/4, 2. Saalpl. 2 1/4  
Saal-Seite und Rang 1. A. Stehplatz 50 Pf. An der  
Abendkasse 25 Pf. Aufschlag.  
Vorverkauf: Lohses Buchhandlung, Roon-  
strasse, und Niemeyers Zigarrengeschäft, Ecke  
Bismarck- und Güterstrasse. 6940

**Einswarden - Blegen - Brieswarden.**

In dieser ersten Zeit ist es die  
heiligste Pflicht für unsere Leser,  
den Leserkreis zu erweitern.  
Für pünktliche Zustellung bürgt  
**Die Filial-Expedition.**

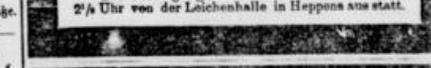


**Todes-Anzeige.**

Nach kurzer, heftiger Krankheit starb plötz-  
lich und unerwartet meine liebe Frau, meiner  
Kinder gute Mutter, meine liebe, gute Tochter,  
unsere liebe, gute Schwester, Schwägerin und Tante  
**Anne Barkhausen, geb. Gleimius**  
im besten Alter von 31 Jahren 11 Monaten.  
Dies bringt tiefbetrubt im Namen der Hinter-  
bliebenen zur Anzeige  
Rüstingen, den 16. Februar 1916. 6984  
**Fritz Barkhausen.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachm.  
2 1/2 Uhr von der Leichenhalle in Heppens aus statt.

**Männer-Turnverein Vorwärts, Rüstingen**  
(Deutsche Turnerschaft).



**Nachruf!**

Am 15. d. Mts. starb unser lieber Turnbruder  
**Johann Harms**  
im hochbetagten Alter von 76 Jahren.  
Er gehörte dem Verein viele Jahre an, war ein  
treues, eifriges Mitglied, allgemein beliebt und ge-  
achtet. Mehrere Jahre war er Turnratsmitglied und  
auch als solches stets gern und gewissenhaft tätig.  
Ein lebendes, ehrendes Andenken ist ihm sicher.  
Rüstingen, den 17. Februar 1916.  
Der Turnrat.  
Die Vereinsmitglieder versammeln sich am  
Sonnabend nachmittags im Vereinslokal. 6971

**VARIÉTÉ THEATER**  
**AUOLER**  
lustige  
**Jobs**  
Bühne

Heute und folgende Tage  
Anfang pünktl. 8.15 Uhr:  
**Jobs grösster Schlager!!**

**Der Mann**  
mit dem Fimmel

Sonntag: 6983  
**Zwei Vorstellungen**  
Anfang 3.30 Uhr u. 8.15 Uhr  
In beiden Vorstellungen

**Der Mann**  
mit dem Fimmel

Karten-Vorverkauf: Vor-  
mittags 10 bis 2 Uhr, nach-  
mittags von 4 Uhr ab 6986

**Bürgerverein Bant.**

Sonnabend den 19. Februar  
abends 8 1/2 Uhr.  
**General-Versammlung**  
beim Wirt Karl Sumner,  
Ruffenstraße.

**Tagesordnung:**  
1. Erhebung der Beiträge und  
Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Abschreibung von 2. Jahrgang.  
3. Neuwahl des Vorstandes.  
4. Beschlußsachen.  
Um regen Besuch bittet 6976  
Der Vorstand.

**R. St. R.**

Sonnabend, 19. Febr.  
abends 8 Uhr:  
**Sitzung bei G. Schrön**  
Zum Jubiläum.  
6982 Der Vorstand.

**Waldwälder-Korps**

Wilhelmshaven-Rüstingen  
Feitag den 18. Februar er.  
2. Feiertagsvortrag und die Re-  
anmeldungen von 6 bis 7 Uhr  
im Musiksaal.  
1. Feiertagsvortrag am 7 bis 8  
Uhr abends im Musiksaal.  
Reanmeldungen von 6-7 Uhr oder  
bei den Adlon-Hausen Weh-  
mann, Schützstraße 115, und  
Dr. Bände, Roonstraße 14.

**Achtung!**  
**Kegelklub Eintracht.**

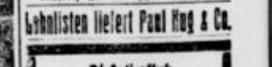
Nächster Kegelabend Freitag  
den 18. Februar im „Jool von  
Oldenburg“, Roonstraße.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
6969 Der Vorstand.

**Gebrauchte Konzertteller**

zu kaufen gesucht. 6979  
Walter, Eckenstraße 2a, p. 1.

**Lehrerinnen liiert Paul Nag & Co.**

**Distillierklub**  
für Sunde und Angezand



**Nachruf!**

Am Montag den 14. Febr.  
starb nach längerer Krankheit  
unser werter Herr  
**Emma Meiners**

Wir werden der Bestit-  
tionen ein ehrendes Andenken  
bewahren!  
Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 17. d. Mts., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, am Sterbe-  
haus in Sanderbüsch aus  
statt. 6988

# Norddeutsches Volksblatt

## Neue Wege auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung.

Die nur zu berechtigten Klagen der Bevölkerung über die mangelhafte Fleischversorgung haben die nachstehenden Regierungsstellen veranlaßt, zur Regelung der Fleischversorgung einen großzügigen Plan anzuarbeiten, von dem gehofft wird, daß er auf diesem Gebiete eine Besserung schaffen wird; es ist die Syndizierung des Viehhandels, die mit dem 15. Februar d. J. in Bremen ins Leben getreten ist. Ueber diese Neuregelung der Fleischversorgung hielt am Montag abend im Reichstagsgebäude von Vertretern der Berliner Presse, Regierungs- und Landesökonomien durch den hiesigen Vortrag. Redner ging zunächst auf die bekannten Ursachen dieser Mangelversorgung, von welchen als die hauptsächlichste die ungeheure Steigerung der Viehpreise genannt werden muß, ein. Dann setzte Redner ausführlich auseinander, weshalb von der Einführung weiterer Höchstpreise für Vieh, außer für Schweine, Abstand genommen werden ist. Indem die Reichsregierung Höchstpreise für Schweine nur für die Gebiete eingeführt hat, in welchen sich Schlachthöfe befinden, nahm sie an, daß die Preise von hier aus von selbst weitergehen würden; die Folge aber war, daß die Schweine auf dem Lande aufgekauft und den Wurst- und Konfervenfabriken zugeführt wurden, die höhere Preise zahlen konnten. Dies führte zu der Verordnung vom 31. Januar über die Produktionsbeschränkung der Wurst- und Konfervenfabriken und außerdem zu den neu festgesetzten Höchstpreisen für Schweine ab Stall. Da aber bei der Regelung der Preise für Rindvieh die Schwierigkeiten in noch höherem Maße vorhanden sind, als bei Schweinen, kam die Regierung zu der Ueberzeugung, daß diese schwierige Frage nicht durch Höchstpreise, sondern durch einschlägige Interessentenverbände unter staatlicher Kontrolle am besten gelöst werden könnte.

Eine Remordnung ist nun am 15. Februar in Kraft getreten. Die Grundlage für sie findet sich in den Verordnungen vom 25. September und vom 4. November 1915. Danach wurden in den einzelnen preussischen Provinzen Zwangsvereine gegründet, die den gesamten Viehhandel umfassen. Diese Regelung hat den Vorteil, daß sie die Möglichkeit bietet, den gesamten Viehhandel bewirtschaften zu können, ohne Ausfaltung des legitimierten Viehhandels. — Die Verbände bestehen einmal aus Zwangsmitgliedern; das sind die Viehhändler und die Viehhändler treibenden Gesellschaften innerhalb eines Verwaltungsbezirks (Provinz), die ihr Gewerbe schon vor dem 1. Juli 1914 ausgeübt haben, ferner die Schlächter, welche direkt vom Landwirt ihr Schlachtvieh kaufen. Entsprechend den Wünschen in der Provinz sind alle Elemente vom Handel ausgeschlossen worden, die vor Ausbruch des Krieges alles andere, nur nicht Viehhandel betrieben haben, und durch die die Preise in besonderem Maße in die Höhe getrieben worden sind. Um aber etwaige Ungerechtigkeiten auszugleichen, können in besonderen Fällen auch Händler als freiwillige Mitglieder aufgenommen werden, die erst nach dem 1. Juli 1914 ihren Betrieb aufgenommen.

Aufgabe der Verbände ist, den An- und Verkauf von Schlachtvieh vom Landwirt oder Mäster, sowie den Kommissionshandel zu regeln. Der Kauf von Vieh durch Landwirte für die eigene Wirtschaft fällt nicht unter die Bestimmungen. Um aber etwaigen Schwindelmanövern

vorzubeugen, umficht die Wirksamkeit des Händlers allen Handel mit Schlacht-, Nut- und Zugvieh. — Nur Verbandsmitglieder mit Ausweisarten dürfen seit 15. Februar in einem Verwaltungsbezirk Vieh kaufen oder weiterverkaufen oder Kommissionshandel treiben. Soweit die Verbände noch nicht entsprechend eingerichtet sind, können vorläufig die Ortspolizeibehörden Ausweisarten ausstellen.

Ueber jeden An- und Verkauf von Vieh ist dem Verband Anzeige zu erstatten; diese bildet die weitere Grundlage der Maßnahmen, die vom Verband getroffen werden sollen. Außerdem hat jedes Mitglied über An- und Verkauf von Vieh Buch zu führen. In den Interessentenversammlungen, die in der letzten Zeit von den Oberpräsidenten einberufen worden sind, ist diese Durchführung stark kritisiert worden, da sich der Handel nicht gern in die Karten legen lassen will. Aber eine solche Preisregulierung ist notwendig, um eine Preisregulierung herbeizuführen zu können; man muß einen Einblick in den Handel haben.

Jeder Verband wird nach außen durch seinen Vorstand vertreten. Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter sind Staatsbeamte und insoweit durch ihren amtlichen Charakter verpflichtet. Die eine Hälfte der vier Vorstandsmitglieder wird dem Handelsstand entnommen und von der Handelskammer in Vorschlag gebracht; die andere Hälfte entspringt im Hinblick darauf, daß es sich beim Viehhandel um ein Produkt der Landwirtschaft handelt, der Landwirtschaft, vorgeschlagen von der Landwirtschaftskammer. Die Vorstandsmitglieder bedürfen der Genehmigung des Oberpräsidenten.

Dem Vorstand zur Seite steht ein Beirat, bestehend aus zwölf Mitgliedern. Von diesen werden sechs von der Mitgliederversammlung gewählt; drei werden der Landwirtschaft nach Vorschlag der Landwirtschaftskammer entnommen und drei sind Vertreter der größten Städte. Durch letztere Vertretung soll die Möglichkeit gegeben sein, die Konsumenten zu Wort kommen zu lassen. — Der Mitgliederversammlung ist jährlich ein Geschäftsbericht und eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig; ihnen werden nur die baren Ausgaben ersetzt.

Zur Deckung der Kosten des nicht unbedeutenden Bureaus eines Verbandes sollen von den Händlern nach deren Gewerbesteuerflosse einmalige Gebühren erhoben werden, die sich in der Höhe von 10 bis 150 Mark bewegen. Außerdem ist bei jedem Kauf von Vieh eine Abgabe in Höhe bis 1/4 Proz. der Kaufsumme zu zahlen. Es wird angenommen, daß die Verbände vielfach schon mit ein Gebotet Proz. auskommen können. — Die Erhebung von Gebühren erscheint notwendig, da hierdurch die Kontrolle erleichtert wird und außerdem die Verbände ein höheres Interesse an der Beschaffung des Materials zu dieser Kontrolle gewinnen. Den Verbänden ist nahegelegt worden, bei ihrer Tätigkeit den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Die Aufgabe der Verbände ist weiter die Reinigung des Handels von Elementen, die nicht in ihn hineingehören. Dabei soll ein Verband sich nicht als Staat im Staate fühlen und sich nicht künstlich abschließen. Es sollen in den einzelnen Bezirken auch Händler aus anderen Bezirken zugelassen sein, sofern diese Verlosen zum legitimierten Handel gehören. Hauptaufgabe der Verbände aber ist die Einwirkung auf die Viehpreise. Hierzu gehören aber erst die nötigen Unterlagen.

Auf Grund dieser Organisation hofft man, eine gute Regelung der Fleischversorgung herbeizuführen zu können.

Ob und welche weiteren Eingriffe zur Erreichung dieses Zieles noch erforderlich sind, hängt naturgemäß von den Zeitverhältnissen ab.

Selbstverständlich soll der Handel nun nicht selbständig marschieren. Ein Zentralverband der Viehhändlerverbände mit dem Sitz in Berlin wird die einheitlichen Direktiven geben, die Tätigkeit der Verbände regeln und überwachen und insbesondere bei der Preisbestimmung ausgleichend wirken. Dieser Zentralverband ist in gleicher Weise wie die Einzelverbände organisiert. Er hat einen Vorstand von fünf Mitgliedern, in dessen Sitzungen sich sämtliche Verbände vertreten lassen können. Auch hat der Zentralverband einen Beirat von zwölf Mitgliedern (vier aus der Landwirtschaft, vier aus dem Handels- und Fleischergewerbe und vier Vertreter der Städte), und endlich eine Mitgliederversammlung. Dieser Zentralverband steht unter unmittelbarer Einwirkung der Landeszentralbehörde.

Die Organisation ist zwar nur für Bremen geschaffen, doch werden sich die anderen Bundesstaaten einer solchen Einrichtung kaum entziehen können. Den kleineren Staaten ist die Möglichkeit gegeben, sich unmittelbar an die preussische Einrichtung anzuschließen. Mit den anderen Staaten, die sich nicht anschließen wollen, sondern eine ähnliche Einrichtung selbst schaffen, ist eine engere Verbindung möglich. Die Staatsregierung hofft, daß die neue Organisation in Ruhe durchgeführt werden kann und zum Wohle des Volkes tätig sein wird. Und wenn der Handel selbst erst die Ueberzeugung gewonnen haben wird, daß er durch diese Organisation keinen Schaden erleidet und daß er zur tätigen Mithilfe auf diesem Gebiete berufen und verpflichtet ist, dann werde voraussichtlich die Fleischversorgung nicht nur seine Störung mehr erleiden, sondern in wünschenswerter Weise vor sich gehen können.

Dem Vortrage folgte eine längere Besprechung, die dann einen Regierungsvertreter beantragte, noch einige Ausführungen zu machen. Dieser hob hervor, daß die Remordnung nicht nur die Regelung des augenblicklichen Bedarfs bezwecke, sondern auch vorratregulend wirken solle. Sie sei nur ein Glied in der Kette weiterer wirtschaftlicher Maßnahmen, wie u. a. die Einwirkung auf die Viehzucht und auf die Futtermittelversorgung. Wenn aber auf der einen Seite der Viehhandel durch Zwangsvereine organisiert ist, müsse auf der anderen Seite eine Konsumentenorganisation vorhanden sein. Deshalb müßten die großen Gemeinden und Kommunalverbände ernstlich daran denken, daß sie ihre Schlächter vereinigen, um das mit Hilfe der Handelslandwirte herangebrachte Schlachtvieh zweckmäßig zu verteilen und zu bewerten. Die Stadt Ulm sei schon in Friedenszeiten in dieser Weise vorgegangen. Ohne Mitwirkung der Gemeinden würde die Versorgung der Bevölkerung mit Vieh nur unvollkommen und einseitig sein. Unmöglich sei eine Vertretung der Städte in den Handelsvereinen gewesen. Um die Verträge und Konsumenten hören zu können, würden in den Städten und Konsumenten Vertreter zugelassen. Wenn aber die Städte ihre Fleischergewerbe zusammenschließen und unter ihre Leitung nehmen, dann würden die Städte als Vertreter der Konsumenten auch Einfluß auf die Fleischversorgung gewinnen. Die neue Organisation werde ihre Notwendigkeit besonders dann erweisen, wenn ein gewisser Viehmangel im Frühjahr naturgemäß ausgereift tritt. Mit den dann eintretenden Schwierigkeiten müsse man schon heute rechnen. Wenn aber die Vieh- und Fleischware in festen Händen liege, dann sei auch die Möglichkeit gegeben,

### Friedemann Bach.

Roman von H. E. Braehvogel

116) Während Friedemann und Tomadei in ihrer Abgeschlossenheit hienon nichts fürchten, die übrigen Glieder der Horde aber der reichen Ernte nachgingen, welche die Zerstörung bot, waren die Oesterreicher der Doppeldratererei des Dadi doch endlich auf die Spur gekommen.

Von jeher war es Sitte gewesen, die Zigeuner als eine Art Vieh anzusehen und zu mißhandeln, und der Uberglaube, die Furcht der Menge vor ihren Künften, war ihr einziges Schwermittel. Wenn dies schon in gewöhnlichen Zeiten der Fall war, versteht es sich wohl von selbst, daß man im Kriege gar kein Erbarmen mit ihnen hatte, zumal man sie für die gefährlichsten Art der Verräterei bestrafen wollte. Dem österreichischen General lag nicht allein daran, sich der ganzen Sippschaft zu bemächtigen, sondern auch ein Exempel an ihnen statuieren.

Man machte den Dadi also sicher, indem man den Vorrat in Tittersbach anwies, mit ihm noch wie vor in Verber zu bleiben. Dieser gab dem Kommandanten genau das Standaquartier und die ungefähre Zahl der Bande an, und es ward beschloffen, die sügellosen Wälfen angemessen zu beschlagnahmen, indem man sie zur Walfacte gegen die Zigeuner auswendete.

Bei Menschen, welche durch die Unsicherheit ihrer Existenz immer gefährdet sind und auf der Schoukel des Schicksals schweben, ist jene instinktive Eigenschaft der Seele, die wir Abnungsvormögen nennen, oft auf eine so fabelhafte Weise ausgebildet, daß dieselbe manchmal in der Klarheit des Sehergeistes auftritt. Nicht allein bei den Naturdämonen ist dies der Fall, sondern dieselbe Erscheinung kann man bei Seeräubern, Jägern, Schöllern und allen denen wahrnehmen, die mit der Natur im engsten Verkehr sind

und dadurch einen hohen Grad von Beobachtungsgabe für ihre Wechselfälle erwerben. Ein Vorgefühl nahenden Mißgeschickes war's, was Tomadei weinga mochte, als sie das Vieh in der Höhe lang, als der erste Morgenstahl das Ende jener Nacht der Selbstheit und Liebe verflücht hatte. Diese Ahnung ward bei ihr zur Ueberzeugung, als der Dadi mit der Stürzhaftigkeit des eiserichtigen Wetters und Stamberrückers sich weigerte, einen Ort zu verlassen, der von Tag zu Tag weniger Sicherheit gewährte. Was ihm aus seiner Doppelrolle für Folgen erwachsen mußten, konnte er sich leicht selbst vorstellen, aber die Högler, sowie das Vertrauen zu dem Vorrat, der freundlich als je war, erstickten die Stimmen seines Innern, welche jetzt in ihm ebenfalls ohnend und warnend ertönten.

Er begnügte sich, seine Leute dichter als sonst zusammenzuhalten, ihnen Wachsamkeit zu empfehlen und im übrigen seiner Klugheit und Gewandtheit zu vertrauen.

Eines Abends sah Tomadei mit Friedemann vor der Höhle. Den ganzen Tag über war sie entsetzlich unruhig gewesen und hatte heimlich manche Träne geweint. Ihre düstere Stimmung theilte sich auch vielen der Bande mitgeteilt, denn Tomadei „wußte mehr als alle anderen Menschen“.

Der Dadi, endlich selbst Ruhe gemacht, beschloß, nur die Küstler mehrerer seiner Leute zu erwarten, die spätestens diese Nacht erfolgen sollte, um dann den anderen Morgen aufzubrechen. Dies hatte er angefangelt und alles setzte sich in Bereitschaft.

„Und warum, mein Weib, gehen wir denn aus diesen stillen Tälern, von diesen einsamen Höhlen, wo wir so glücklich waren?“

„Weil uns Gefahr droht. Mantra! Die feindlichen Menschen sind's, die uns vertreiben werden. O, wenn ich hätte wählen dürfen, wir wären schon längst fortgezogen zu einem Ort, wo wir sicherer sind. Der Dadi aber wollte nicht.“ und mit einer plötzlichen Angst und Bangigkeit setzte Tomadei hinzu: „Ah, ichthe die Nacht nicht, Lieber, und wenn Gefahr droht, welche nicht von meiner Seite, wenn

wir uns beseinander verlieren, finden wir uns nimmer wieder! — Doch nein, nein! Eine innere Stimme sagt mir laut und klar, daß wir im Tode beseinander sein werden, unzertrennlich sollen wir aufliegen in der Wandlung. Wenn nicht all mein Fühlen und Wissen, alles Heilige in mir Rüge ist, so werden wir uns nicht trennen!“

„Nie, mein einziges Weib!“ rief Friedemann, und sie mit aller Inbrunn forsücher Liebe an sie pressend, bot er alle Klänge der Ueberredung auf, die Wolken ihrer Stimm zu verweiden. Und es gelang.

In stiller Nacht, wo ringsum alles schlief, mir das Heimchen zirpte, und der Leuchtstörfer seine glühenden Spiralen zog, lag sie selig in seinen Armen.

In glühenden, nicht endemessenden Küffen suchte sie das ahnungsvolle Stöhnen ihres Herzens zu ertönen und aus dem tiefen, unergründlichen Brunnen der Liebe all-Wasser zu schöpfen für die lange Wüste der Zukunft, die sie vor sich zu sehen meinte.

Auch der Dadi mochte fern ab von ihnen und allein. Die Nacht verstrich langsam und die Leute kamen nicht. Sicher war ihnen etwas zugestoßen.

Die vier Feuer, die sonst in den vier Weltgegenden des Lagers zu brennen pflegten, und bei denen die Wabe sich befand, hatte der Dadi heute verlöschen lassen, die Leuchte mochten im Finstern, ihre Stunde neben sich. — Langsam grante schon der Tag.

Büßlich begannen die Hunde zu heulen. Quert der noch den Verberich zu, dann der auf Tittersbach, endlich der nach dem Niederfarstein. Nur der vierte, der zwischen Rudolph und Holfenstein, blieb ruhig.

Der Dadi sprang auf und ließ einen kurzen Schrei des Entsetzens aus: „Sie kommen doch!“ und alles Blut wich aus seinem Gesicht.

In demselben Augenblick schlugen Tomadei, Friedemann nach sich ziehend, aus der Höhle.

„Dadi, Dadi die Hunde schlagen an, die Feindger kommen! Ringsum, hört du, ringsum! Sie mochen ein Seßelreiben auf uns! Ohomant, bill, Ohomant!“

Die Verteilung in die Hand zu nehmen. — Mit den Bundesstaaten sei in der Hauptsache eine Einigung erzielt worden. So wird Sachsen z. B. einen eigenen Handelsverband bilden, oder der Zentrale beitreten. Da Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet, so lasse sich auch der Handelsbündel nicht provinziell oder bundesstaatlich abgrenzen. Die neue Organisation werde daher auch die Folge haben, daß die in einzelnen Bezirken ergangenen Ausfuhrverbote wieder aufgehoben werden. Eine einheitliche Leitung müsse natürlich vorhanden sein, damit nicht einzelne Bezirke eine besondere Preispolitik treiben.

Die preussische Staatsregierung und mit ihr wohl auch die Reichsregierung geht bei ihrer neuesten Verordnung von zwei Prinzipien aus: auf der einen Seite soll der darübende Beschäftigte, soweit es sich um die Fleischversorgung handelt, gehalten werden, und auf der anderen Seite soll der „legitimiert“ seinen Schäden erleiden. Beide Prinzipien lassen sich aber in großem Maßstabe nicht miteinander vereinigen. Denn der Handel strebt nach möglichst hohen Profiten, wobei der Idealismus der Seite gedrängt wird. Der bekannte Wirtschaftsführer des Kapitalismus ist es ja auch zuzuschreiben, daß fast alle Maßnahmen der Regierungsstellen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung elend schiefbrüchig erweisen haben. So wird es auch dem neuesten großzügigen Plan der preussischen Regierung ergehen, wenn diese nicht vor weiteren energischen Maßnahmen zurückbleibt und selbst den geheiligten Profit der Interessenten in Frage stellt. — Es wird wohlrich Zeit, daß auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gründlich Ordnung geschaffen wird, denn das Volk hat lange genug gelitten. Dazu gehört aber nicht nur eine geordnete Beschaffung und Verteilung der Nahrungsmittel, sondern vor allem die Möglichkeit, diese zu erschwinglichen Preisen kaufen zu können.

### Die neue Dienstordnung für Eisenbahnarbeiter.

Schon zum zweiten Male geht durch die bürgerliche Presse die Nachricht von einer einschneidenden Änderung in der Stellung der preussischen Eisenbahnverwaltung zu den Organisationsbestrebungen der Eisenbahnarbeiter. Im Dezember v. J. wurden grundlegende Änderungen angeordnet und jetzt wird dies als Tatsache registriert und le nach der völkischen Parole der Räter beauftragt und bekräftigt. Eine zeitgemäße Regelung ist es nach dem Berliner Tageblatt, während die Streuszeitung darin eine verkümmerte Neuregelung sieht, und ein nationales Eisenbahnerblatt erkennt in der „Neuregelung“ gar nur eine redaktionelle Wendung.

Es handelt sich dabei um die am 1. Januar 1916 in Kraft getretene neue Dienstordnung für die Arbeiter der preussisch-sächsischen Staatsbahnen und der Reichs-Eisenbahnen in Ost- und Westpreußen. Bekanntlich war angeordnet worden, daß am 1. Januar eine neue Dienstordnung in Kraft trete, die die in den „Gemeinamen Bestimmungen“ für die Arbeiter aller Dienstwege der preussischen Staatsbahnen“ enthaltenen Vorschriften des Arbeitsvertrages und die sonst getroffenen Anordnungen zusammenfaßt und den im Laufe der Zeit veränderten Verhältnissen Rechnung trägt.

Jetzt ist der Wortlaut dieser „Dienstordnung“ bekannt geworden; sie ist abgedruckt im „Vertrag“, dem Organ der Reichsleitung der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Es genügt, die ersten drei Paragraphen zu lesen, um sich darüber klar zu werden, daß es sich bei dieser Neuerung weder um eine zeitgemäße, noch um eine verkrüppelte Maßnahme, aber auch nicht nur um eine redaktionelle Wendung handelt, sondern, wie der „Vertrag“ ganz richtig schreibt: um eine altpreussisch-bürokratisch-verkrüppelte Maßnahme.

Der § 1 handelt vom Geltungsbereich der Dienstord-

nung, § 2 enthält die Annahmehedingungen, in denen es u. a. heißt, daß die anzunehmenden Arbeiter sich arbeits- und unbescholten gefüht und von ordnungsgemäßen Bestrebungen ferngehalten haben müssen. Der § 3 handelt vom Verhalten in und außer dem Dienst und bestimmt in Absatz 3:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich arbeits- und ehrenhaft zu führen und von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten. Vereinen und Versammlungen, die die Arbeitsstellung als zulässige Kampfmittel erachten, oder unterstützen, darf er nicht angehören.“

In der früheren Dienstordnung, genannt „Gemeiname Bestimmungen usw.“ war über das außerdienstliche Verhalten der Arbeiter folgendes gesagt: § 2 Absatz 3:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich arbeits- und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.“

Die „zeitgemäße“ Änderung besteht also darin, daß es den Eisenbahnarbeitern nicht mehr verboten ist, an sozialdemokratischen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. In dem § 3 Absatz 5 der neuen Dienstordnung ist der frühere Wortlaut der § 2. wieder aufgenommen, der das Verbot der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen enthält.

Genau ist das eine Änderung. Aber wie fröhlich diese Bestimmung dazu dient, Sozialdemokraten aus dem Eisenbahndienst fernzuhalten oder zu entfernen, so wird gegebenenfalls auch später wieder in demselben Sinne von der neuen Bestimmung Gebrauch gemacht werden. Die Beseitigung des Wortes „sozialdemokratischen“ ist nur eine Konzession an die gegenwärtige Zeit des Bürgerkriegs. Das jetzt wieder entfernte Wort war erst 1911 in die § 2. aufgenommen worden, als der Eisenbahnminister von Helfke hervortretenden Organisationsbestrebungen mit noch größerer Entschiedenheit und Mißbilligung teilnahm mit noch entgegenzutreten zu müssen. Damals hatte er auch eine Verordnung erlassen, wonach jeder Annahme von Arbeitern eine mündliche Verhandlung vorausgehen sollte, über die ein Protokoll nach folgendem Wortlaut aufzunehmen war:

„Dem ... wurde heute von dem militärischen ... eröffnet, daß die Grundlage seines Arbeitsvertrages die „Gemeinamen Bestimmungen“ für die Arbeiter über „Disziplin“ bilden. Er wurde durch Verlesen der Bestimmung des § 2. 1 auf die ihm obliegende Gehorsamspflicht hingewiesen. Die Bestimmung im § 2. 3 wurde ihm wie folgt erläutert: Er dürfe dem Transportarbeiterverband (Reichsleitung der Eisenbahner) sowie überhaupt solchen Vereinen oder Verbänden, die die Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen weche auch das Halten und Betreiben sozialdemokratischer Versammlungen, sowie der Beschäftigung sozialdemokratischer Versammlungen angehöre.“

Rundherumhandlungen würden die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben.

Der ... erklärte hierauf: „Ich habe die mit geordneten Bestimmungen wohl verstanden, verpöchte sie zu befolgen und erkenne sie als Grundlage meines Arbeitsvertrages an.“

Seit Kriegsausbruch wurde bei Einstellung von Arbeitern von der mündlichen Verhandlung und Protokollaufnahme abgesehen und es soll auch fernwärts nicht in Anwendung kommen. Der Wortlaut der letzten Aufnahmeverhandlung ist:

„Dem ... wurde ... die „Arbeiter-Dienstordnung“ ausgehändigt.“

Am ... erklärte er, daß er die Arbeiter-Dienstordnung durchgelesen habe und sie als Grundlage seines Arbeitsvertrages anerkenne.“

Diese Änderung bedeutet nichts weniger als eine Verbesserung. Das Verbot ist nicht mehr besonders gegen eine bestimmte Organisation gerichtet, es richtet sich jetzt schärfer gegen alle freien Gewerkschaften, denn an Vereinen und Verbänden, die die Arbeitsstellung als zulässiges Kampfmittel

\*) Die Frist soll wenigstens 24 Stunden betragen.

mittel erachten oder unterstützen, darf der Eisenbahnarbeiter nicht teilnehmen.

Seit Beginn des Krieges sind Arbeiter in großer Zahl — es sollen annähernd 100 000 sein — in den Eisenbahndienst eingestellt worden. Von verschiedenen Direktionen ist erklärt worden, daß seit Ausbruch des Krieges den Arbeitern und Angestellten der preussischen Staatsbahnen wegen der Zugehörigkeit zu ihren Gewerkschaften nichts in dem Weg gelegt und keinerlei Schwierigkeiten mehr bereitet würden. Deshalb traten auch nur in seltenen Fällen in den Eisenbahndienst eintretende Arbeiter aus ihren bisherigen Organisationen aus und bei der Annahme von Arbeitern wurden sogar die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften zum Teil in Anspruch genommen. Es stehen demnach heute Tausende von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern im Dienste der preussischen Staatsbahn und der Reichseisenbahnen, die bei ihrer Einstellung in dem Glauben gehalten wurden, daß sie dauernd ihren Organisationen angehören dürften. Diese Arbeiter waren allerdings meistens zur „vorübergehenden Beschäftigung“ angenommen. Sie sollen aber jetzt in das sogenannte „feste“ Arbeitsverhältnis übernommen werden und die neue Dienstordnung als Grundlage ihres Arbeitsverhältnisses anerkennen und damit auf ihre fernere Zugehörigkeit zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen verzichten.

Die bayerische Regierung hat bekanntlich den berichtigten Revers aufgehoben und folgende Bestimmung in die Dienstordnung aufgenommen:

„Die Teilnahme an Bestrebungen, die den staatlichen oder dienstlichen Interessen ausbleiden, ist verboten; darunter fällt insbesondere die Teilnahme an Vereinen, deren Zweck oder Bestrebungen die Befreiung eines Ausländers herbeiführen geeignet sind.“

Hierzu hat aber der Ministerpräsident auf besondere Anfrage im bayerischen Landtage erklärt:

„Die Regierung erwartet, daß die Gewerkschaften die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsbehörden anerkennen. Unter dieser Voraussetzung wird dem Beitritt zu freien Gewerkschaften nichts in dem Weg gestellt.“

Der bayerische Ministerpräsident stellt ebenso wie der preussische Eisenbahnminister und wie alle deutschen Eisenbahnverwaltungen auf dem Standpunkt, daß die Gefahr eines Streiks von den Eisenbahnbetrieben ferngehalten werden müsse. Deshalb liegt ihm Hinneis auf die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsbehörden und die Erwartung auf Anerkennung derselben durch die Gewerkschaften. Ohne ihren grundsätzlichen Standpunkt in bezug auf die Berechtigung der Arbeitsstellung preiszugeben, haben die Gewerkschaften die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsbehörden stets anerkannt, und die Streikfahrt besteht für die staatlichen Verkehrsbehörden nicht in der Organisationsfreiheit der Arbeiter, sondern in der Unterbrechung jeder freibeitlichen Regelung, sofern überhaupt von einer solchen Gerede werden kann. Nebenfalls sind Verkehrsstreiks von deutschen Gewerkschaften niemals propagiert worden, wohl aber und mit Recht verlangt sie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch für die staatlichen Verkehrsbediensteten.

In Baden und Württemberg, sowie in Oldenburg ist den Eisenbahnarbeitern die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften nicht verboten worden und erst im Dezember v. J. hat der badische Finanzminister erklärt, daß die badische Staatsbahnverwaltung zur Einführung eines Reverses, wie er anderwärts bestand, keine Veranlassung gehabt habe. Trotz der Freiheit, die die Eisenbahner in den genannten Bundesstaaten genießen, ist es dort niemals zu Ausfaltungen oder Betriebsstörungen durch das Personal gekommen.

Nun hat im November eine Regierungskonferenz stattgefunden und nach übereinstimmenden Verhandlungen verschiedener Regierungsdirektoren hat auf jener Konferenz Uebereinstimmung darüber bestehen, daß den Eisenbahnarbeitern ein Streikrecht nicht zuzubeh. Das ihnen ein An-

### Von Budapest nach dem Haag und zurück.

Von Ernst Sarami.

(Schluß.)

#### Die Stimmung in Holland.

Holland hat sozulegen zwei Hauptstädte: Amsterdam und Haag. Die letztere ist die offizielle, die erstere die eigentliche Hauptstadt. Hier residiert die Königin, hier tagen die Parlamente, hier sind die Postämter. Amsterdam wird erst im Striege zur wirklichen Hauptstadt, weil im Sinne der Staatsverfassung Parlament und Regierung im Falle eines Krieges ihren Sitz hierher verlegen müssen. Es muß natürlich nicht erst gesagt werden, daß die Wohnortveränderung von Amsterdam von dieser Anordnung nicht besonders erbaud wäre. Ganz Holland ättert vor der Möglichkeit, die Parlamentsitzungen in dem zur Festung ausgebauten Amsterdam verteilen zu müssen. Aber man ist auf alles vorbereitet. Holland steht in Waffen, sein Heer ist von der ersten Stunde des Krieges an mobilisiert. Und so wurden wir auch hier der Fremde nicht zuteil, endlich in ein Land zu kommen, in dem man nicht auf Schritt und Tritt Soldaten findet. Es ist wohl wahr, daß die holländischen Soldaten ein nicht sehr kriegerisches Aussehen haben. Aus Deutschland nach Holland kommend, scheinen sie von einer überirdischen herzerfrischenden Gemütsfülle zu sein. Ich habe mir in Holland eine Wachabteilung mitangelesen. Dieselben vorergriffenen Formalitäten wie bei uns in Deutschland. Der Wachführer bringt einen neuen Postenführer: Salutarier, Weibung, Weidungen um die eigene Nase — gerade wie bei uns. In Deutschland und bei uns zubeute geht dieser Akt in frommer und ausgerechneter Steifheit vonstatten. Im Haag bemerkte ich, daß der Wachführer beim Ansehen der leeren Wachenposten lachend — lachte. Der abgelagerte Posten lachte ebenfalls, faum daß er insjande war,

sein Geheiß ohne Fehler herauszugeben. Daraufhin überkam den neuen Wachposten wieder eine Zwerchfellschütterung. ... Man sah es auf den ersten Blick, daß die Befehlsdicke nicht so ernst genommen wird und alle drei fühlten es, daß sie die Darsteller einer eingelegten Komödie sind. Ein nervenberührendes Bild. Wenn es auch viel Soldaten in Holland gibt, vom Militarismus sind sie noch sehr, sehr weit entfernt ...

Die Holländer stehen wohl nicht im Kriege, aber eine Meinung über den Krieg haben alle, und eine auffallend einheitliche; niemand will an den Sieg der Zentralmächte glauben und alle schwören auf England, das, nach ihrer Meinung, der Entente den Sieg bringen wird! Eigentümlich — und zu verwundern in einem Lande, in dem jeder die deutsche Sprache beherrscht und dessen Kultur, infolge der engen Sprachverwandtschaft, beinahe vollständig deutsch ist. Hierfür gibt es zweierlei Erklärungen. Die eine entspringt der Angst, Holland könnte das Los Belgiens durch Deutschland teilen und die zweite ist das Los Belgiens selbst. Belgische Flüchtlinge überfluten Holland und die Grenz- und Entleeren, die aus ihren Erzählungen wie Schredensherausbrüche wirken auf die Holländer furchtbar ein. Wir, die wir sozulegen außer Schmeichelei sind, können auf all diese Gefährdungen ruhig und sachlich erklären, daß der Krieg eben ein Krieg ist, und das französische Meer auf deutschen Boden sich auch nicht anders als das deutsche Meer auf belgischem Gebiete betragen dürfte. Menschlichkeit im Kriege gibt es nicht und kann es nicht geben, weil der Krieg die Verfeinerung der Unmenschlichkeit bedeutet. Man kann eine ungeheure Anzahl milderer Umstände zugeunnen der deutschen Soldaten finden und finden, die ihnen objektiv genommen recht geben — aber die Holländer können nicht sachlich über die Ereignisse in Belgien denken, wenn sie sich das Verwurdes der Unmenschlichkeit erwehren wollen.

Was dort in Belgien geschah, das geschah fast vor ihren Augen, und all das, was sie sehen und all das, was die unglücklichen Flüchtlinge erzählten, konnte nur ein Gefühl bei

recht auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften auch nicht zuzulassen sollte, darüber ist bisher nichts bekannt geworden. Der preussische Eisenbahnminister aber glaubt ein solches Verbot erlassen zu müssen. Ein solches Verbot neuart nun ein Teil der bürgerlichen Presse eine zeitgemäße Korrektur! Es wäre wirklich zu wünschen, daß die vom preussischen Eisenbahnminister erlassene Arbeiter-Dienstordnung schleunigst einer Nachprüfung und entsprechenden Milderung unterworfen und damit dem Volksempfinden auch in der Tat Rechnung getragen würde.

**Parteinachrichten.**

**Aus den Organisationen.** Der sozialdemokratische Verein Breslau nahm in einer von mehr als 400 Mitgliedern besuchten Versammlung zur Frage der Kreditbewilligung für den Krieg Stellung. Eingeladen waren die Reichstagsabgeordneten Bauer für Breslau-Ost und Bernstein für Breslau-West. Genosse Bernstein, der auf dem Standpunkt der Minderheit steht, war leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert, was allseitig bedauert wurde. Nachdem Genosse Bauer den Standpunkt der Mehrheit begründet, folgte eine lange Aussprache, die von Rednern beider Richtungen sachlich und kameradschaftlichen Sinne geführt wurde. Zuletzt kam folgende Resolution abschnittsweise zur Abstimmung:

„Die Mitgliederversammlung gebietet mit Dank der opfermütigen Brüder im Felde, die unser Land und unser Volk mit ihrem Reiben vor den Schrecken der Verwüstung schützen. Sie stimmt den diesfälligen Beschlüssen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Verhängung mit den Genossen der gemäßigten Minderheit zu, und bittet ihn, diese Beschlüsse im Interesse der Herbeiführung des Friedens fortzusetzen. Solange die Regierungen der feindlichen Länder keine Friedensbereitschaft zeigen, bleibt es die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, die Mittel zur Abwehr der Gegner zu beschaffen.“

Die Versammlung beharrt deshalb die Förderung der gegenwärtigen Absichten der Minderheit, und kann sich dem Standpunkt ihres leider heute wegen Krankheit ausgebliebenen Abgeordneten Bernstein, der an der Sonderaktion teilnahm, nicht anschließen.

Die Breslauer Genossen fordern von allen Mitgliedern der Partei, daß sie die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Bewegung behüten und damit die höchste Pflicht gegen die Kämpfer im Felde und die Familien unserer gefallenen Kämpfer erfüllen.

Die beiden ersten und der letzte Absatz wurden einstimmig angenommen, während sich gegen den dritten neun, gegen den vierten zehn von den mehr als 400 Stimmen erhoben, so daß der Standpunkt der Fraktionsmehrheit fast einstimmig gutgeheißen wurde.

**Eine Kreiskonferenz für den Wahlkreis Rottensburg - Hengerswerda,** die von 18 Delegierten besucht war, nahm nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Kirbig eine Resolution an, welche die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion billigt und die Ablehnung der Kredit durch die 20 Genossen von der Minderheit mißbilligt.

**Soziales und Volkswirtschaft.**

**Verstärkte Strafverfügungen für Jugendliche** verlangt Geh. Justizrat Dr. Franz v. Völk. In einem Vortrag, den Völk am Sonnabend in der Juristischen Gesellschaft in Berlin über die Kriminalität der Jugendlichen hielt, teilte er an Hand von Zahlen mit, daß die Kriminalität der Jugendlichen während der Zeit des Krieges sich steigert habe. Diese Steigerung sei die Folge von Vernachlässigung. Als Ursachen hierfür führte V. Mangelhaftigkeit der Aufsicht und Erziehung, übermäßiger Verdienst mancher Jugendlicher und gesteigerte Wohlstandslustigkeit an. Demgegenüber sei wünschenswert u. a. eine härtere Betätigung der Vormundschaftsrichter, ferner Beteiligung der unmittelbaren Lohnzahlung an die Jugendlichen. Empfehlenswert sei auch die Schaffung eines Reichsgesetzes, durch das unter Strafe gestellt wird: 1. der Wirtshausbesuch ohne Eltern, 2. der

ihnen auslösen, das heute noch die Holländer gefangen hält. Der Wunsch, daß die Deutschen geistigen werden. Und dieser Wunsch lebt so stark in ihnen, daß er sie im Urteil über die Vorgänge auf den Schlachtfeldern förmlich blind macht. Sie läßen lieber den Krieg noch jobelnd dauern, ehe sie einem Frieden auf Grund der heutigen strategischen Situation zustimmen würden.

Unter solchen Umständen wunderten wir uns eigentlich über den freundlichen Empfang, den man uns überall angedeihen ließ. Man hätte uns doch dahin auf, daß man in Holland nur den Deutschen haßt und auch der Haß der Belgier nur den Deutschen gilt, weil — wie wir von allen Seiten hörten — (8 Seiten von der Budapestener Zeitung geschrieben).

**Die Internationale im Haag.**

Bei Ausbruch des Krieges überlebte das Internationale Sozialistische Bureau aus der in die Hände der Deutschen geratenen Stadt Brüssel nach dem Haag. Den an der Spitze des Bureaus stehenden Genossen Quysmans hielten vorerst wichtige Geschäfte und übernommene Pflichten noch in Brüssel zurück und nur ab und zu suchte er den Weg nach dem Haag. Leider konnte er monatelang nichts unternehmen, da jede Wirksamkeit des Bureaus lahmgelegt war. Rongiam änderte sich jedoch die Lage. Bei den Genossen der neutralen Staaten, oder auch in den Parteien der Zentralmächte äußerte sich immer stärker der Wunsch, daß das Internationale Bureau seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Viele, auch heute noch nicht überwundene Hindernisse standen der Sache im Wege, oder daß dieser Wunsch nun einmal geäußert, und immer mehr und stärker betont wurde, war genug, um dem Bureau den Anstoß zum Beginn seiner Arbeit zu geben und die händige Anwesenheit des Genossen Quysmans im Haag notwendig zu machen. Und nun entschloß sich Genosse Quysmans vor einigen Wochen, seine Heimat zu verlassen und sich im Haag niederzulassen. Er brachte damit ein großes Opfer, da er nur unter Abgabe

öffentliche Alkoholgenuss, 8. der Besuch von Spielplätzen, Spielplatzhallen usw., 4. das zweifelhafte Verhalten auf der Straße und 5. als Nebenbedingung die falsche Angabe des Alters. Auf diesem Gebiete seien bereits eine Anzahl Stellvertreter der Kommandierenden Generale vorgegangen. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Aussprache, an der auch drei Jugendrichter teilnahmen. Vor allem letzte, wie wir einem Bericht der Post, Stg. entnehmen, Amtsgerichtsrat Gebeimrat Dr. Köhne, der aus seiner reichen Erfahrung höchst interessante Beobachtungen mitteilte, den Vorschlägen Eilts grundsätzlichen Widerspruch entgegen. Einmal ließe sich die Frage nicht einheitlich für das ganze Reich regeln, sie hänge von den lokalen Verhältnissen ab; nur das Verbot des Alkoholgenusses sei allgemein zu fordern. Vor allem seien neue Strafbestimmungen zu vermerken. Welche Strafen soll denn der Jugendrichter in solchen Fällen verhängen? Ein Verweis sei wirkungslos, eine Geldstrafe nicht beizutreiben, eine kurzfristige Freiheitsstrafe sei höchst schädlich und eine lange doch völlig unangebracht.

**Aus dem Lande.**

**Die Kartoffelfrage.**

Durch die letzte Verfügung über die Kartoffelverbringung sind bekanntlich die Kommunen zur Anschaffung der bis zum Schluß des Erntejahres notwendigen Vorräte verpflichtet. Aber vom 15. Februar ab sind nur die von der Reichskartoffelstelle bezogen von der Landwirtschaftskammer mit Ausweis versehenen Personen, meist Händler, sowie die Aufkäufer der Heeresverwaltung zur Beschaffung von Zweifelaraffeln und die von der Tesa Beauftragten zur Erwerbung von Fabrikkartoffeln zu Freilassen über Höchstpreis berechtigt.

Wesentlich des Zuschlages zum Höchstpreis war man bisher ungenügend informiert. Der auf 1,25 Mk. für Zweifelaraffeln angegebene Zuschlag blieb nur bis 14. Februar. Vom 15. Februar ab erhöhte sich derselbe auf 1,50 Mark, und um Mitte jedes weiteren Monats um fernere 25 Pfg., so daß in den Produktionsgebieten Brandenburg, Pommern, Polen, Schlesien, Ost- und Westpreußen statt des gesetzlichen Höchstpreises von 2,75 Mk. bis Mitte Februar 4 Mk. bezahlt wird, alsdann bis Mitte März 4,25 Mark, von da ab bis Mitte April 4,50 Mk., vom 15. April bis 14. Mai 4,75 Mk., von Mitte Mai bis Mitte Juni 5 Mark und von Mitte Juni bis Mitte Juli 5,25 Mk. Der Käufer der Kartoffeln hat dem Zwischenhändler, der ihm von der Reichskartoffelstelle oder den Landwirtschaftskammern als Lieferant benannt wird, 25 Pfg. für den Zentner zu bezahlen, wovon die Landwirtschaftskammer 5 Pfg. erhält. Rechnet man diese 25 Pfg. den an den Erzeuger zu zahlenden Preisen hinzu, so ergibt sich ein Preis ab Mitte Februar von 4,50 Mk. bis Mitte Juli von 5,50 Mk., das ist also ein Zuschlag gegen den gesetzlichen Höchstpreis von 2,75 Mk. von 1,75 Mk. bis 2,75 Mk., also bis zu 100 Prozent.

Für die Einkäufe hat die Reichskartoffelstelle obligatorische Schlußheftformulare ausgearbeitet. Bei Fabrikkartoffeln, für die bekanntlich 22 Pfg. für das Stärkeprozent bezahlt werden, hat der Empfänger dem Zwischenhändler 20 Pfg. pro Zentner, davon 5 Pfg. für die Landwirtschaftskammer zu zahlen.

Die Hauptleistung des Kriegsausgleichs für Konsumteninteressen verankert bis zum 15. März allwöchentlich eine Erhebung zur Prüfung der Wirkung der neuen Kartoffelpreiserhöhung. Nach bisher vorliegenden Verichten aus den 75 wichtigsten Groß- und Mittelstädten verfügten in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar 22 über ein ausreichendes Kartoffelangebot. Zu einem Teil handelt es sich hier um Orte, in denen eine Einföhrung schon im Herbst bei den Verbrauchern üblich ist. In 37 Städten wird über mehr oder weniger großen Kartoffelmangel geklagt. In fast allen diesen Fällen gehen die Be-

des Verzeichnisses, auf Kriegsdauer nach Brüssel nicht zurückkehren zu wollen, von der deutschen Regierung den Reisepaß erhalten konnte, und weil er die in Brüssel entwickelte, für die ganze Bevölkerung wichtige Betätigung unterbrechen mußte. Eine Betätigung, die es ihm ermöglichte, für Belgien und besonders für die unglückliche Bevölkerung Brüssels große Dienste zu leisten. Die Lebensmittelversorgung der bedrängten Bevölkerung lag in seiner Hand. Was das bedeutet, wird klar, wenn man erklärt, daß in Brüssel nicht weniger als 300 000 Arbeitslose und Hungernde sind, die täglich mit den notwendigen Lebensmitteln versehen werden müssen. Kein Wunder daher, daß Quysmans nur lächerlicher Herzens sich entschließen konnte, sein auf Hilfe angewiesenes Volk zu verlassen. Endlich mußte er aber einsehen, daß wichtigere Arbeit seiner wart: die Aufrihtung der Internationale.

... Als wir Quysmans im Haag aufsuchten, fanden wir das Bureau schon verhältnismäßig gut eingerichtet. An der Einrichtung des Bureaus und an der Arbeit Quysmans und seines Sekretärs konnte man wahrnehmen, daß der Apparat weiter in Bewegung ist. Freilich, ungeheuer sind noch die Schwierigkeiten und unermesslich sind die Hindernisse, die noch überwunden werden müssen: seelische und sachliche. Der größte Teil der französischen und belgischen Genossen konnte sich nicht zu der heldenbösen Objektivität Quysmans emporschieben. Als Belgier muß er selbst viel leiden und Schreckliches mit ansehen. Sein Herz ist voll Erbitterung, aber wenn er die Arbeiten des Bureaus versteht, dann kühlt er diese Erbitterung aus und wird nur von dem einen Gedanken befehl: wie kann man die Internationale wieder aktionsfähig machen? Ein großer Teil seine, Konstante ist noch nicht so weit. Sie sind noch nicht imstande, ihre Seelen zu überwinden. Aber Quysmans an der Arbeit sieht und seine Entschlossenheit kennt und seiner ausdauernden Arbeit die Anerkennung nicht verweigert, der ist davon überzeugt, daß es ihm und nur

richtenden Ausschüsse eine Verkaufsausschuss der Erzeuger in Erwartung noch höherer Preise als Ursache an. Dem Handel kann, so sagt der Ausschuss, ein solches Vorgehen nur in wenigen Fällen zum Vorrat gemacht werden. Aber auch mangelhafte Zufuhrgelegenheiten, Aufkäufe der Heeresverwaltung, fehlerhafte Dispositionen der Reichskartoffelstelle, verpörrte Höchstpreisfestsetzung durch den Bundesrat werden als Ursache der Kartoffelmangel angegeben. Einige Ausschüsse weisen schließlich noch auf die Preissteigerung als Grund für die ungenügende Anlieferung hin. Dieser Umstand kann nach Meinung der Hauptleitung des Kriegsausgleichs wohl für einige Bezirke, nicht aber für das ganze Reich bestimmend sein; denn in den gleichen Versorgungsgebieten gebe es dicht nebeneinander Städte mit reichlichen Kartoffelvorräten, und solche, in denen Kartoffelmangel herrsche. Ebenso verhältnismäßig sei es in den Gemeinden, die aus den gleichen Lieferungsbezirken bezögen. Am schlimmsten lägen die Verhältnisse im Königreich Sachsen, wo die Großstädte vor kurzem ihre letzten Kartoffeln an die Bevölkerung verteilt hätten. Dort seien auch die Landgemeinden bereits von allen Kartoffeln entblöht. Als einen Beweis für die gemeinwirtschaftliche Betätigung der deutschen Städteverwaltungen und für ihr erfolgreiches Zusammenarbeiten mit den organisierten Verbrauchern hebt der Kriegsausgleich die Tatsache an, daß von den 75 Gemeinden 55 in eigenen Verkaufsläden oder durch Vermittlung der Händler, Konsumvereine oder der Verbrauchsausschüsse, Kartoffeln an ihre Einwohner abgeben.

**Strafverfahren.**

Kurich, 16. Februar.

Der Bürgermeister Reinhard C. aus Wilhelmshaven soll am 22. Mai Weibrot in Brotform, nicht in Bröckchenform, und in Einzelfäden von mehr als 50 Gramm Gewicht hergestellt haben. Er wurde seinerzeit von der hiesigen Strafammer freigesprochen, weil festgestellt wurde, daß der Angeklagte das Brot zum Pfingstfest für die Verwundeten unentgeltlich gestiftet hatte, und daß er das Mehl dazu von dem Quantum genommen hatte, das ihm für seinen Privatverbrauch zufland. Gegen das erstinstanzliche Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht kam zu der Ansicht, daß es einerlei ist, ob das Brot unentgeltlich oder nicht abgegeben wird und daß der Angeklagte auch in diesem Fall die Einzelfäden nur in der vorgeschriebenen Weise herstellen durfte. Es verriess die Sache an die Vorinstanz zurück. Aufgrund der Ansicht des Reichsgerichts bezieht die Strafammer im heutigen Termin die niedrigst zulässige Geldstrafe von 3 Mark.

Der Postwirt Heinrich H. in Wilhelmshaven wird beschuldigt, am 17. April v. J. einen Kellner, der in einer Kellner-Lohnbewegung tätig gewesen war, aus seinem Lokal gemorren und ihn dabei förmlich mißhandelt zu haben. Er wurde vom Schöffengericht freigesprochen, weil nicht festgestellt werden konnte, daß der Beschuldigte den Kellner mißhandelt hatte. Hiergegen legten der Anwalt und der Nebenkläger Berufung ein. Beide werden verworfen, weil das Gericht dasselbe festgestellt wie die erste Instanz.

Der Arbeiter Johann Heinrich H. in Wilhelmshaven hat am 14. August 1915 seine Polierkarte zum Betreten der Festung einem anderen Arbeiter zur mißbräuchlichen Benutzung geliehen. Er wird wegen Verstoßes zum Vergehen gegen die Verordnung des Festungskommandanten vom 6. April 1915 in Verbindung mit dem Belagerungszustandsgesetz zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Von der hiesigen Strafammer wurde seinerzeit der Kaufmann Karl K. in Wilhelmshaven von der Beschuldigung, nach dem 15. Februar 1915 noch 130 Pfund Weizenmehl ohne Protokarte abgegeben und sich dadurch gegen das Gesetz, betreffend den Verkauf mit Mehl schuldig gemacht zu haben, freigesprochen. Es wurde festgestellt, daß

ihm gelingen wird, alle der Internationale in dem Lager liegenden seelischen Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Aber auch die sachlichen Schwierigkeiten sind unbedenklich groß. Das Zusammenkommen mit den Genossen der freigebliebenen Staaten ist so gut wie ausgeschlossen. Briefe werden, wenn überhaupt, so nur mit besonderen Verordnungen zu gestellt. Die Grenzen der Staaten können nur schwer verlassen werden, und während Roden vergehen, ehe ein verständnisreiches Wort an das Obr des anderen zu dringen vermag, flattern von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde falsche, vergiftende, verheerende und verwirrende Nachrichten hier und dort auf und lassen die Gemüter nicht zur Ruhe kommen.

Eine schwere Arbeit ist es, die Quysmans und die drei holländischen Genossen, die ihm zur Seite stehen, zu bewältigen haben. Die Genossen Van Kol, Albeda und Dibaut sind durchdrungen von der weltgeschichtlichen Größe ihrer Aufgabe und stellen ihre ganz Kraft dem Genossen Quysmans und der Sache zur Verfügung. Die Internationale durchlebt jetzt geschichtliche Tage im Haag, wo starke Kräfte die Vorbereitungen zur Neubildung der Internationale schaffen. Ein wichtiges Kapitel der Geschichte der Internationale spielt sich jetzt im Haag in den wenigen Zimmern ab, in denen Quysmans und Genossen aufopferungsvoll und fleißig schaffen. ...

Mit gewissen Bedenken und Zweifeln mochten wir uns auf den Weg nach dem Haag. Im festen Vertrauen auf die Zukunft kehren wir von dort zurück. Nicht alles, was wir leben und was wir erfahren, kann mitgeteilt werden, vieles wäre verfrüht und vieles würden höhere Mächte zu lösen nicht erlauben. Mögen diese wenigen Seiten, die nur über unbedeutende Kleinigkeiten berichten, genügen, mit dem Hinweis darauf, daß sich hinter ihnen ein schicksalhaft erwartetes Ereignis vorbereitet, dessen Eintreten sich wohl etwas verfrüht, nicht aber ganz ausbleiben kann: die Auferstehung der Internationale.

Was steht auf Befreiungsschein an einzelne Kriegsschiffe abgegeben war. Wegen das freiziehende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht bewies die Sache an die Strafkammer zurück, weil es annahm, daß auch an die Kriegsschiffe feinerzeit ohne Prokurie nicht gefahrt werden dürfte. Dierhalb erkennt die heutige Strafkammer auf 10 Mark Geldstrafe.

**Sarel. Steuererhebung.** Die noch rückständigen Gemeindeforderungen sind bis zum 22. Februar im Bureau des Gemeindeforderungsbüros S. Heide in Sarel zu entrichten, bei Vermeidung sofortiger Beitreibung.

— Die Klein-Wohnungsnot tritt hier in der letzten Zeit wieder ganz erschreckend hervor. Es werden sogar in Anzeigen Belohnungen ausgesetzt, um eine Wohnung zu erhalten. Vielesoch kommt es auch daher, daß Eingezogene der Marine, welche aus dem Binnenland kommen, ihre Familien nach hier geholt haben. Aus diesem Grunde werden möblierte Zimmer mit Kochgelegenheit sehr gesucht.

— Das Garnisonkommando befindet sich im Hotel zum Schilling und haben sich Umländer dort an- und abgemeldet.

**Obduburg. Unglücksfall.** Ein paar junge durchgehende Pferde bei der 6ter Artillerie verurlochten den Tod des Putzmeisters Unteroffizier Schulz-Dehrens aus Bentheim. Als er den Pferden in den Weg sprang und sie halten wollte, ging der Wagen über ihn hinweg. Im Jagareit stürzte er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Die Pferde rissen die starke eiserne Eingrenzung der Boxen um und getrieben ins Wasser, woraus sie aber glücklich geborgen wurden.

— **e. Zur Einrichtung von Kriegerheimen** haben das Amt Oldenburg und der Landesfiskusfonds die Kolonie Kreenbrück, unweit Oldenburgs gelegen, zur Verfügung gestellt. Sie enthält Stellen von 20, 40, 60 Ar und mehr. Ein Aushaus oder eine Anzählung in der wird nicht verlangt, dennoch wird der Erwerber einer Stelle sofort Eigentümer. Für jede 20 Ar muß jährlich eine Rente von 60 Mark entrichtet werden, jedoch ist das erste Jahr frei davon. Die Rente wird durch Eintragung ins Grundbuch geführt. Kriegsverletzte Erwerber oder Kriegervwitwen kann die Rente auf 24 Mark pro 20 Ar ermäßigt werden. Der Plan des zu errichtenden Gebäudes muß vom Landesfiskusfonds genehmigt werden. Das Baukapital wird bis zum Betrage von 5000 Mark vermittelt. Der Landesfiskusfonds übernimmt dabei die Bürgschaft und leistet 1 Prozent Zinsbeihilfe. Das Haus muß mindestens zwei Jahre nach Erwerbung der Stelle fertig und bewohnt sein.

— **Städtischer Schmaßverkauf.** An den hiesigen Schlächtergeschäften und dem Schlächtereigenschaft des Konsumvereins ist für Einwohner der Stadt vom Magistrat beschafftes amerikanisches Schmalz zum Preise von 2,50 Mark für das Pfund erhältlich.

**Oldenburg. Fleischverkauf von der Gemeinde.** Der Verkauf von Tafelfleisch findet am Sonntag den 19. Februar, morgens von 9 bis 12 und nachmittags von 3 bis 6 Uhr Sandstraße 2, statt. Fleischarten werden am Freitag den 18. Februar, nachmittags von 5 bis 6 Uhr, in O. Krohn's Hofhaus, Bremer Straße 28, an Haushaltungsvorstände mit eines. Einkommen bis 2000 Mark (Vahresbetrag 30 Mark) und an Frauen, deren Männer im Felde stehen, gegen Vorlegung des Einkommensteuerzettels und des Unterhaltungsbescheides ausgegeben.

**Delmenhorst.** Die Steuerrolle der Stadtgemeinde Delmenhorst liegt vom 15. d. Mts. bis zum 28. d. Mts. einschließlich im Rathause, 1. Obergehos, Zimmer 13, zur Einsicht der beteiligten Steuerpflichtigen aus. Die Einsicht ist jedem in der Rolle Verzeichneten, jedoch nur in Bezug auf seine eigene Steuerveranlagung, gestattet. Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht den Steuerpflichtigen das Rechtsmittel des Einspruchs zu. Der Einspruch ist innerhalb einer Ausschlussfrist von 3 Wochen, beginnend mit dem auf den Ablauf der Auslegungszeit folgenden Tage, bei dem Vorstehenden des Schatzungsamtes zu erheben, also spätestens am 20. März 1916. In dem Einspruch müssen die Gründe, aus welchem die Veranlagung angefochten wird, angegeben werden. Einmalige Beweismittel können dabei benannt werden. Bei unbegründeter Einlegung von Rechtsmitteln seitens der Steuerpflichtigen sollen diesen die Kosten zur Last. Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Einlegung von Rechtsmitteln nicht aufgehalten. Für die auswärtigen Steuerpflichtigen, an welche nach Artikel 48 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und Artikel 53 des Vermögenssteuergesetzes eine besondere Benachrichtigung über ihre

Veranlagung zu erfolgen hat, ist die obige Einspruchsfrist nicht maßgebend.

— **Städtische Kartoffelverkäufe** am Abendfranz beim Bahnhof vormittags von 9 bis 10 Uhr. Während am Donnerstag die Bezugsheine Nr. 1 bis 3000 zuerst berücksichtigt sind, werden Freitag die Bezugsheine 3001 bis 6000, Sonnabend die Bezugsheine über 6000 zuerst berücksichtigt. Selbstverständlich werden an den beiden letzten Tagen auch noch Bezugsheine des ersten Tages angenommen.

**Nordenham.** Die Verlegung des Armenwesens der Stadtgemeinde für das Jahr 1914/15 ist seitens der Armenkommission erfolgt. Darnach haben die Einnahmen betragen 28 461,67 Mark, die Ausgaben 28 175,42 Mark. An Armenanfragen mußten daher 29 713,75 Mark aufgebracht werden. Das Vermögen der Armen-gemeinde besteht in einem Armenhaus mit einem Brand-fassentert von rund 7000 Mark und einem ausgeleihen Kapital von 7580 Mark. In dem Rechnungsjahre sind 604 orts- und landarme Personen unterstügt worden. Daron wurden als Totalarme 173 Personen, als Partialarme 431 Personen unterstügt. Unter den Totalarmen waren 106 Kinder. Für einen Totalarmen sind durchschnittlich auf-gewandt 119,71 Mark, für einen Partialarmen 34,57 Mark. Für Rechnung des Armenverbandes wurden in der Arren-anstalt 6 Personen, in Bethel 1 Person verpflegt. Für Beschäftigung eines Obdachs an durchgerichte unbe-mittelte Personen wurden 225,30 Mark verausgabt.

**Ginswarden.** Ein teures Pferd. Die Vereinigungsgesellschaft kaufte vom Genossenschaftler Dehrens in Bordenfleth den vierjährigen Prämienhengst (Ombo vom Oirella) für den enormen Preis von 35 000 Mark.

**Tedeborn.** Zum Schneiden des Reit, der hier noch in Menge geschnitten wird, werden 25 russische Kriegs-gesangene verwendet. Diese haben ihre Unterkunft im Armenhause der Gemeinde und werden von zwei Wacht-männern bewacht. Für die Bekleidung haben die Arbeit-geber nach von der Regierung festgesetzten Bestimmungen selbst zu sorgen.

**Emden. Neue Arbeiterwohnungen.** Die Nordseewerke, deren Betrieb sich gut entwickelt und in stetige Bahnen gekommen ist, hat schon eine Anzahl Woh-nungen für ihre Arbeiter errichtet und macht die Arbeiterkolonie Friedland an der Riffumerstraße einen besse-n Eindruck als die städtische Kolonie Kronsdahl. Sie ver-lautet, ist die Leitung der Werk, weitere 90 Häuser mit 72 Wohnungen zu bauen.

— Die hohen Viehpreise. Ein hiesiger Händler zahlte einem Anwohner für ein an der hiesigen städtischen Waage geliefertes Kind im Gewicht von 960 Pfund 950 Mf. An Friedenszeiten kostet das Tier 650-45 Mf. = 497,50 Mf. Wo liegt nun die Möglichkeit, diesem Uebel abzuhelfen? In der Feststellung von Stallhöchstpreisen?

**Leer. Schmuggel an der holländischen Grenze.** In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde ein Schmuggler, ein junger Mann aus dem Orte Meden-dorf in den Augenblick festgenommen, als er zwei wertvolle Pferde über die Grenze schaffen wollte. Die beiden Tiere wurden bei der Verfolgung von der holländischen Grenz-wache gefaßt, der Schmuggler, welcher noch eine erhebliche Geldsumme bei sich trug, wurde in das Gefängnis zu Windeke angekliefert.

**Lübed. Eine große Wertanlage geplant.** Von einer Vereinigung auswärtiger Kapitalisten wird der Bau einer großen Werft an der Trone geplant. Das Unternehmen findet seitens der Lübeder Staatsbehörden, sechste Unterstützung und hält man es für sehr wahr-scheinlich, daß der Staat an dem Unternehmen sich mit Geld-beitragen wird.

**Aus aller Welt.**

**Das „berberte“ Kind.** Ein toller Fall von Aber-glauben kam in einer Verhandlung vor der Strafkammer in Nürnberg auf, vor der sich eine junge Zigeunerin wegen Betruges zu verantworten hatte. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: In der Wohnung der Witwe Duffe in Bellerdorf erschien am Allerheiligentage noch der Kirche die Zigeunerin Katharina Gellenein und verlangte etwas Milch. Dabei kam sie zufällig an das Bett des sechsjährigen, körperlich zurückgebliebenen und kranken Kindes der Wit-win und spielte dieier vor, daß der Kranke geheilt werden könnte. Die Krankheit ist nicht von Gott gesandt, sondern das Kind sei von einer bösen Frau verzaubert worden, die in der Nähe von Hellenborn wohne. Wie sie in der Lage, den

Anaben zu heilen. Ansdhst müßte die Mutter fünf Mark bezahlen und einen Saft Bettfedern kaufen. Für das Geld werde eine heilige Waffe gelesen und die Bettfedern müßten in das „gelobte Land“ gefaßt werden. Wenn sie das nicht tue, fügte die Angeklagte hinzu, dann sei die Witwe keine katholische Christin, dann wolle sie aus ihrem Kinde nicht machen. Die geängstigte Frau hängte hierauf der Schwän-lerin das verlangte Geld und die Bettfedern aus. Schon am nächsten Tage kam die Zigeunerin wieder, zeigte der Frau ein Ei, aus dem sie einige kleine Weiden hervorag. Diese Weiden bezeichnete die Angeklagte als den „bösen Geist der Feindin“ aus der Nachbarschaft, die das Kind verzaubert habe. Nun sei auch das Kind geteilt und die Feindin überwin-den, doch müsse jetzt die Mutter das ganze Geld, das sie im Laufe habe, um das Ei herumwickeln und es ihr aushän-digen, damit sie es ebenfalls in das „gelobte Land“ schicken könne. Nach Verlauf von neun Tagen betame die Witwe das Geld wieder; bis dahin müßte sie aber unbedingtes Stillschweigen beobachten. Die Frau fiel auch auf diesen Schwänbel hinein und übergab der Zigeunerin 130 Mark in barem Gelde. Später stiegen ihr aber doch Bedenken auf und sie erzählte den Vorfall auf der Gendarmeriestation. Die Angeklagte war aber mit dem Ei, dem Gelde und Bett-federn bereits verflochten und es bedurfte längerer Zeit, ehe die Schänblin der Verhaftet werden konnte. Die wegen der gleichen Straftat mehrfach verurteilte Angeklagte war in diesem Umfang geblüht. Ueber das Ei betraut, er-läutete sie, daß die Weiden, die sie damals aus dem Ei ge-zogen habe mit der Angabe, daß diese der „böse Geist der Feindin“ seien, von einem Taal gestammt hätten, den ihr Bru-der kurz vorher geschenkt habe. Das Urteil lautete, dem An-trag des Staatsanwalts gemäß unter Ausschluss mitberer Umstände, auf ein Jahr Zuchthaus und 100 Mark Geld-strafe. Die Angeklagte erklärte sich zum sofortigen Straf-antritt bereit.

**Das Hinungsland des Generalfleutnants Nischlessen.** Der Unfall des Generalfleutnants Nischlessen hat in ganz Hollän-disch-Indien großes Bedauern hervorgerufen. Das Hinungs-zeug stürzte, nachdem es fünf Stunden lang in einer Höhe von 100 Metern geflogen war, senkrecht zu Boden. Der General wurde in den Trüben stranguliert. Der Zustand des Fliegerleutnants vorlen genährt Aussicht auf Besserung.

**Der Mörder seiner Frau.** Aus Bresslau wurden seit einiger Zeit der Arbeiter Paul Scholz und seine Frau, das Dienstmädchen Clara Dache, vermisst. Scholz hatte das Mädchen eines Nachmittags vom Hause abgeholt, um mit ihm einen gemeinsamen Sozalgang zu unternehmen. Von diesem Ausgange waren beide nicht wieder zurück-gekehrt. Alle Nachforschungen nach ihrem Verbleib blieben erfolglos. Jetzt hat die Angelegenheit eine traurige Auf-klärung gefunden. Am Dienstag entbeute man die Leiche des Mädchens in einem unbewohnten Kellerraum im Hause der Mutter des Scholz. Das Mädchen ist, nachdem an ihm ein Stillschweigerverbrechen verübt worden, mit den Händen erdrosselt worden. Darauf hat der Mörder über einen Strick um den Hals gelegt und fest geschnürt, augenscheinlich um zu verhüten, daß die Leiche sich wieder erhole. Von dem Mörder Scholz ist bisher jede Spur.

**Drei Anfallen eines Fischerboots ertranken.** Wie die Abendpost aus Greifswald meldet, kenterte in Plirow bei Greifswald in der Ostsee ein Fischerboot beim Einholen der Netze. Die drei Anfallen ertranken.

**Schiffsunfall bei der Themsemündung.** Die Rümme Rotterdamcher Contant meldet: Der Dampfer des Rotter-damer Rhod-Randens hatte in der Nähe der Themsemün-dung einen Unfall (Wine). Vier Schleppe befinden sich zur Hilfeleistung bei dem Schiff, das mit dem Vordersteif untertaucht. Das Schiff hat eine wertvolle Ladung an Bord, u. a. Zafak im Werte von einer Million Gulden.

**An die örtlichen Bildungs-Ausschüsse!**

Der Bildungsausschuß Hüntrigen beabsichtigt am Montag den 20. März einen Richtbilderortrag zu veran-stalten. Vortragender ist Herr Rich. Loubse vom Institut Kosmos in Leipzig. Desgleichen soll im Monat April, voraussichtlich am 10., ein Kunstabend stattfinden, zu dem Herr und Frau Ballotte-Ventin gemonnen werden sollen. Bildungsausschüsse, die geneigt sind, eine ähnliche Veran-staltung zu treffen und die genannten Vortragenden zu ge-winnen würden, werden gebeten, sich bis 22. Februar an den Vorsitzenden des Bezirksbildungsausschusses B. Wald, Hüntrigen, Peterstraße 76, zu wenden.

Advertisement grid for 'Praktischer Wegweiser' featuring various businesses and services. Advertisers include G. Sagcob, Herm. Enke, Th. Arnold Ncht., Th. Jürgens, D. H. Jürgens Nachf., Wilhelm Wulf, Richard Lehmann, and others. The grid lists names, addresses, and contact information for a wide range of trades and professions.